

P R O T O K O L L  
der 412. Sitzung des Grossen Gemeinderats

---

Datum	Dienstag, 17. November 2020
Zeit	19.30 – 21.15 Uhr
Ort	Turnhalle der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Grubwinkler Christa
Mitglieder	Aebersold Jürg, Arn Daniel, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Beck Hanna, Bircher Laura, Brenni Gino, Brunner Joe, Buff Ronald, Corti Andrea, Gubler Matthias, Gujer Hans Ulrich, Häuselmann Bernhard, Held Lorenz, Hennache Lamya, Herren Jennifer, Jordi Kevin, Klopstein Carole, Lauper Reto, Legler Bettina, Lehni Laura, Lütolf Roland, Mäder Renate, Messerli Patricia, Racine Raphael, Reimers Markus, Rösli Patrick, Ruta-Robert Dominique, Schmitter Beat, Siegenthaler Muinde Gabriele, Spycher Christian, Thut Walter, von Gunten Adrian, Weibel Raphael, Zloczower Emanuel
Stimmenzählende	Brunner Joe, Bärtschi Daniel
Vertreter des Gemeinderats	Hanke Thomas, Gemeindepräsident  Bärtschi Markus, Häusermann Martin, Lack Stephan, Pedinelli Stotz Daniela (ab 19.45 Uhr), Wegmüller Beat
Sekretariat	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Entschuldigt abwesend	GGR: Bar Abdelmajid Grütter K. Urs Kohler Andreas Schmid Eva  GR: Künzi-Egli Barbara
Protokoll	Schlumpf Sarah

---

Geschäfte 7

## Traktanden

- |  |     |
|--|-----|
| 1. Protokoll der Sitzung vom 20. Oktober 2020  | 616 |
| 2. Initiative "Bezahlbares Wohnen in Muri-Gümligen"  | 616 |
| 3. Überparteiliche Motion (EVP, forum, Grüne, SP): Realisierungsgrad von Investitionen nachhaltig steigern | 623 |
| 4. Interpellation Schmitter (FDP): Alarmauslösung bei zielgerichteter Gewalt in den Schulen                | 627 |
| 5. Einfache Anfrage Siegenthaler (forum): Hochhaus-Projekt   | 627 |
| 6. Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen   | 627 |
| 7. Neue parlamentarische Vorstösse   | 628 |

Die Vorsitzende: Ich begrüsse Euch zur 412. Sitzung des Grossen Gemeinderats. Ich begrüsse ebenfalls die Mitglieder des Gemeinderats und die Berichterstatter der Medien.

Ihr hört es heute zum letzten Mal von mir: Bitte denkt nach wie vor an die Abstandsvorschriften. Bei einer COVID-19 Ansteckung bitte ich Euch um umgehende Mitteilung an die Gemeindeschreiberei, damit allfällige Quarantänemassnahmen angeordnet werden können. Ihr müsst die Maske immer tragen, ausser bei Voten über das Mikrofon. Bitte reinigt nach jedem Votum das Mikrofon. Beim Herumgeben der Vorstösse muss die Maske ebenfalls getragen werden.

Für die Abstimmungen werden die abgegebenen Stimmkarten verwendet.

Auf ein Apéro nach der Sitzung wird nach wie vor verzichtet.

Damit eröffne ich die eigentliche Sitzung. Es sind 36 Ratsmitglieder anwesend; wir sind somit beschlussfähig.

## Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

### 1. **Protokoll der Sitzung vom 20. Oktober 2020**

#### Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

### 2. **Initiative "Bezahlbares Wohnen in Muri-Gümligen"**

Für die GPK spricht Bernhard Häuselmann: In der GPK haben wir diese Informationen und Botschaften des Gemeinderats intensiv diskutiert. Wir haben uns speziell auch mit dem Instrument der Volksinitiative und ihrem Prozess, dem Antrag und auch noch mit den Alternativen zum gestellten Antrag gründlich auseinandergesetzt. Zum Prozess kann man sagen, dass es – ohne Vorstösse für Gegenvorschläge, welche heute Abend im Rat noch vorgebracht werden können – danach zu einem Standardverfahren kommt mit Auflage, Einsprache, Bereinigung und Volksabstimmung. Mit einem Gegenvorschlag wird das Verfahren primär um die öffentliche Mitwirkung zum Gegenvorschlag verlängert, sonst bleibt es gleich wie im Verfahren ohne Gegenvorschlag. So oder so – mit oder ohne Gegenvorschlag – wird der GGR vor einer Volksabstimmung dieses Geschäft noch einmal und abschliessend beraten können. Ob es dem Stimmvolk einfacher gemacht wird, über die Initiative und einen Gegenvorschlag abzustimmen, oder ob dann die Initiative allenfalls zurückgezogen würde – diese Szenarien haben wir ebenfalls diskutiert in der GPK. Dies ist aber nicht unbedingt unsere Brille, welche wir anhaben sollten als GPK.

Hingegen wieder klar durch die Brille der Geschäftsprüfung haben wir die Informationsgrundlagen zum Geschäft angeschaut. Die Gemeinde hat schon in der Vergangenheit das bezahlbare Wohnen in der Agenda gehabt und zuletzt auch über die ZPP am Turbenweg durchgesetzt. Wir haben auch festgestellt, dass die Verwaltung sich unter anderem mit den vorliegenden Studien von Fahrländer Partner detailliert mit dem weiteren Potenzial und mit der Realisierbarkeit dieses Potenzials über die nächsten Jahre hinaus befasst hat. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wegen der gewählten Gebäudedimensionierung diese Initiative primär über die ZPP Lischenmoos einschenken könnte und erst später zum Tragen kommen würde, wenn Umzonungen im Gümligenfeld oder in der Schürmatt beschlossen würden. Die Initiative wirkt eher mittel- bis langfristig. Deshalb haben wir auch in der GPK nachgefragt, welcher Spielraum kurz- bis mittelfristig überhaupt besteht. Wir haben anschliessend positiv gewertet, dass die Verwaltung bereits proaktiv Arbeiten für den Umgang mit Gemeindeparzellen mit Baurecht ausgelöst hat. Ich denke, dort besteht ausserhalb der Stossrichtung der Initiative, aber innerhalb der bestehenden Praxis der Gemeinde, im Vergleich zu anderen Gemeinden, relativ viel Spielraum für die kontinuierliche Entwicklung von bezahlbarem Wohnen. Wir haben auch gesehen, dass wahrscheinlich der am zeitnächsten gelegene Spielraum für bezahlbares Wohnen sich in der ZPP zum Fünf-Egg-Areal eröffnen wird. Doch auch dies sind Überlegungen am Rand unseres Pflichtenhefts in der GPK. Nach allen formalprozessualen und inhaltlichen Prüfungen und Überlegungen sind wir einstimmig übereingekommen, dass mit der Initiative richtig verfahren wird, dass der Antrag korrekt formuliert ist, damit wir heute Abend im GGR auf dieses Geschäft eintreten können. Ich möchte im Namen der GPK ausdrücklich danken für diese Informationsgrundlagen,

die Ausführungen und vor allem auch die Geduld von Thomas Hanke und Karin Pulfer an dieser Sitzung der GPK – es ging etwas länger. An dieser Stelle möchte ich auch allen Kollegen in der GPK danken für die gute Zusammenarbeit. Ich freue mich auf ein 2021, in welchem wir nach einer Sitzung auch wieder mal die Kurve in den Sternen erwischen.

Für den Gemeinderat spricht Thomas Hanke: Im Zeitpunkt der Einreichung der Initiative sind bekanntlich eine ähnlich lautende Initiative in der Stadt Bern beim Bundesgericht und eine solche in Köniz vor dem Verwaltungsgericht des Kantons Bern hängig gewesen.

Entsprechend ist ja im Vorprüfungsbericht des AGR auch ein Hinweis aufgenommen worden, dass sich diese beiden damals noch hängigen Initiativen auf die Genehmigungsfähigkeit der hiesigen Initiative auswirken könnten.

Seit Juli dieses Jahres steht nun – nach Vorliegen der schriftlichen Urteilsbegründungen der beiden Gerichtsinstanzen – fest, dass die Initiative gültig ist. In Kenntnis dieser Gültigkeitsvoraussetzungen hat der Gemeinderat fundierte inhaltliche Abklärungen getätigt und die gewonnenen Aussagen / Erkenntnisse in seine Botschaft – zusammen mit seiner politischen Würdigung – einfließen lassen. Der Gemeinderat hat in seiner Botschaft ein Bekenntnis zum preisgünstigen Wohnungsbau abgegeben und verweist dazu auf die bereits vorhandenen planerischen Instrumente.

Auch kann auf den preisgünstigen Wohnungsbau am Turbenweg 55/57, wie es der GPK-Sprecher bereits erwähnt hat, verwiesen werden; das Bauprojekt ist in der Zwischenzeit publiziert.

Im Weiteren hat sich der Gemeinderat ebenfalls Gedanken gemacht, wo inskünftig preisgünstiger Wohnungsbau realisiert werden könnte. Möglich wäre dies in seinen Augen v.a. in der Schürmatt und im Gümligenfeld; beides Gebiete, die heute noch nicht eingezont sind und zudem noch Fruchtfolgefleichen sind. Mit der Einzonung – notabene ein Geschäft, das dem Stimmvolk vorgelegt werden muss – können bereits in den Zonenvorschriften entsprechende Regelungen für den Wohnungsbau erlassen werden.

Aufgrund dieser Überlegungen und den bestehenden planerischen Instrumenten spricht sich der Gemeinderat – Stand heute – gegen die Initiative aus und erachtet ebenfalls einen Gegenvorschlag als nicht notwendig.

Aber es wird jedoch letztlich Sache des Parlamentes sein, den Antrag an das Stimmvolk zu stellen.

Und diesen Antrag kann das Parlament nach Abschluss des jetzt folgenden Auflageverfahrens und in Kenntnis der dortigen Einsprachen bzw. deren Erledigung dann im kommenden Jahr fällen.

*Eintreten wird nicht bestritten.*

*Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.*

#### Fraktionserklärungen

Carole Klopffstein (Grüne): Die Grünen stehen als Mitinitiiierende natürlich weiterhin hinter dem Anliegen, dass preisgünstiger Wohnraum in unserer Gemeinde aktiv gefördert wird. Wir sehen durchaus, aufgrund der Erläuterungen des Gemeinderats, dass es bereits einige Ansätze gibt, aber in unseren Augen reicht dies nicht, um die kommenden Herausforderungen anzugehen. Eine lebendige Gemeinde bietet Wohnraum für alle, so dass sich jede Person mit jedem Budget hier bei uns niederlassen kann. Dies frischt neben dem Gemeindeleben auch die soziale Durchmischung auf, was schliesslich auch vielfältige Vorteile hat, z. B. gleichen sich

so Bildungsniveaus besser an, was ja gleichzeitig ein Beitrag zur Chancengleichheit ist. Darüber hinaus wird Wohnraum immer noch als Gut des freien Marktes behandelt, und dies ist eigentlich nicht ganz korrekt. Erstens steht in der Schweizerischen Bundesverfassung, dass Wohnen ein Grundrecht ist, und dass angemessene Wohnungen zu tragbaren Bedingungen vorhanden sein sollten, und damit Bestandteil der Sozialziele nach Kapitel 3 bilden. Wenn ich mir die aktuellen Ausschreibungen der Wohnungen in unserer Gemeinde anschau, dann ist es relativ schwierig, für eine vierköpfige Familie passenden Wohnraum unter CHF 2'000.00 zu finden. Wir haben ganz viele 2<sup>1/2</sup>- und 3<sup>1/2</sup>-Zimmerwohnungen, welche zwischen CHF 2'000.00 und 3'000.00 kosten. Aber auf eine 13'000-Einwohner-Gemeinde haben wir gerade einmal vier aktuelle Angebote mit einer 4<sup>1/2</sup>-Zimmerwohnung unter CHF 2'000.00. Der Druck wird weiter zunehmen, der Boden in der Schweiz ist endlich. Und so übersteigt die Nachfrage langsam aber sicher das Angebot, vor allem in den urbanen Gebieten – dies beobachten wir bereits heute. Wieso bei einem begrenzten Gut von einem freien Markt zu reden, finde ich falsch. Ich kann mich nicht entscheiden, ob ich eine Wohnung will oder nicht. Ich muss eine haben, wenn ich am sozialen Leben in der Schweiz teilnehmen möchte. Dass dies zu Gunsten von sehr hohen Renditen dazu verleitet, immer teurer zu bauen, wird sicher auch in Zukunft zunehmen. Deshalb ist es wichtig, dass bereits jetzt geeignete Instrumente geschaffen werden, um dieser Entwicklung Einhalt zu bieten. So können auch wenig Verdienende ihren Wohnort selber aussuchen. Dies fördert darüber hinaus auch andere Ziele, z.B. kann man so schauen, dass die Leute dort wohnen können, wo sie arbeiten und dass das Mobilitätsverhalten umweltgerechter gestaltet wird. Wir sehen uns auch durch die in Auftrag gegebene Studie bestätigt, dass unser Anliegen nach wie vor berechtigt ist. Wir finden es sehr schade, dass der aktuelle Gemeinderat diese Ansicht nicht teilt. Darüber hinaus denken wir, dass es sich um eine sehr moderate Vorlage handelt, welche in unserer Gemeinde nur noch in ein paar wenigen Fällen zur Anwendung kommen wird. Doch wir werden sehen, wie sich die Bevölkerung dazu äussert wird. Man kann hier auch noch darauf eingehen, dass wir für die Unterschriftensammlung nur die Hälfte der geplanten Zeit gebraucht haben. Wir schauen den nächsten Schritten mit grosser Spannung entgegen und werden diese Anträge natürlich so annehmen.

Raphael Racine (SP): Ich spreche hier auch mit zwei Hüten. Auf der einen Seite halte ich das SP-Fraktionsvotum, auf der anderen Seite bin ich auch einer von diesen, welche dies verbochen haben, dass die Initiative hier wahrscheinlich zur Abstimmung kommen wird. Ich bin mir bewusst, dies ist ein sehr ideologisches Thema, nicht nur FDP-Politiker machen smartvote Analysen, auch ich bin beim Thema des preisgünstigen Wohnungsbaus schauen gegangen, wie denn so die Bürgerlichen stimmen. Und ich glaube, das höchste der Gefühle der Kandidierenden ist ein eher NEIN. Ich bin mir dies bewusst, und eigentlich ist es ja fast ein bisschen wie ein Boxkampf zweier Boxer, welche bereits die Bewegung wissen und den linken oder rechten Haken, welcher kommen wird. Wir werden uns entsprechend ducken von der Argumentation her. Ich weiss, dass Ihr gute Argumente habt gegen diese Initiative. Ich kenne diese zur Genüge, Ihr sagt: Dies gibt unnötige Bürokratie, es ist ein Eingriff in die Eigentumsrechte, der Markt regelt sich doch selber, man findet danach eventuell gar keine Investoren mehr, es ist unnötig – Thomas Hanke hat dies bereits gesagt –, man macht ja schon so viel. Ich kenne Eure Argumente, dies sind gute Argumente gegen unsere Initiative. Wir sind aber überzeugt, dass wir noch bessere Argumente für diese Initiative haben. Carole hat dies bereits erwähnt, es ist ein grosses Bedürfnis in Muri-Gümligen. Wir haben wirklich knapp die Hälfte der Zeit gebraucht, um die gültigen Unterschriften zu sammeln. Sicher auch darum, weil wir einen Hausversand in alle Haushalte gemacht haben, da sind uns schlussendlich sehr viele gratis wieder zurückgeflogen. Dies ist einfach – wenn eine Initiative lanciert werden sollte – noch ein guter Hinweis, dies hat sehr gut funktioniert. Noch zur Botschaft des Gemeinderats: Der erste Punkt: Der

Gemeinderat schlägt keinen Gegenvorschlag vor. Die SP-Fraktion begrüsst dies. Als Hinweis, diese Initiative, welche wir nun bringen, ist quasi eins zu eins der Gegenvorschlag der Wohnbauinitiative von Köniz. Es ist in diesem Sinne bereits eine Abgeschwächte in Köniz gewesen. Wir haben sie noch mehr abgeschwächt. Man könnte fast sagen, es ist eine Wohnbauinitiative light, da wir nur 20% preisgünstigen Wohnungsbau bei grösseren Überbauungen fordern. Deshalb möchten wir nicht einen Gegenvorschlag zum Gegenvorschlag, welcher dann sehr milde daherkommt. Der jetzt noch bürgerlich dominierte Gemeinderat lehnt die Initiative ab. Der Grundtenor ist, es ist unnötig, da die Gemeinde ja bereits heute sehr viel für kostengünstiges Wohnen und gemeinnützige Wohnbauträger macht. Dem möchten wir gerne Glauben schenken, aber es ist klar, mit unserer Initiative möchten wir einfach Nägel mit Köpfen machen. Es soll nun ein Grundsatzentscheid gefällt werden zu mehr preisgünstigem Wohnungsbau, denn sonst müssen wir uns diesen immer politisch erkämpfen. Dieses Beispiel ist nun ein paar Mal gefallen mit dem Turbenweg / Füllerichstrasse – ja, dies stimmt, dort ist preisgünstiger Wohnungsbau realisiert worden –, aber es war auch nicht unumstritten, auch nicht hier im Parlament. Ich kann mich hier an Voten der SVP erinnern, dass wir nie einen Investor finden werden. Wir haben – soviel ich weiss – danach doch einen gefunden, doch es war umstritten. Je nach politischer Konstellation, vielleicht wenn der Gemeinderat wieder einmal bürgerlich, vielleicht wenn er wieder einmal linksgrün wird. Wir möchten vom Initiativkomitee einfach nicht das Risiko eingehen, und deshalb einen Grundsatzentscheid fällen. Den Bericht von Fahrländer Partner haben wir natürlich auch sehr genau studiert. Ich glaube, je nach politischer Couleur, findet man Pro- oder Kontra-Argumente. Ich versuche es einmal mit den Pro-Argumenten. Im Bericht kommt zum Ausdruck, dass das Mietzinsniveau im regionalen Vergleich in unserer Gemeinde relativ hoch ist. Speziell in Muri – aber auch in Gümligen – sind es nicht billige Mieten. Es kommt zum Ausdruck, im Zentrum Gümligen, Gümligen Moos und Areal Schürmatt gibt es durchaus Areale, in welchen es ökonomisch Sinn macht, preisgünstigen Wohnungsbau zu schaffen. Man hat im Bericht gesehen, wenn man Mieten mit Kostenmieten realisieren würde, dass diese bereits ziemlich tiefer wären als die momentanen Marktmieten. Dies heisst, es hat Luft nach unten.

Ich selber – dies ist kein Geheimnis – wohne in einer preisgünstigen Wohnung, welche zur Wohnbaugenossenschaft Muri-Gümligen gehört. Deshalb ist dies auch ein altruistisches Anliegen, welches ich heute Abend verteidige, nicht egoistisch. Ich habe bereits eine. Ich bin in diesem Sinne ein Gut-Mensch. Ich möchte nicht, dass andere schlecht wohnen, mit schlechten Mietpreisen. Ich sehe die Vorteile einer solchen preisgünstigen Wohnung. Es ist ökologisch sinnvoll, eine zu haben, da Wohnbaugenossenschaften sehr kompakt bauen. Meine Wohnung – falls Ihr schon einmal bei mir gewesen seid – ist kein Palast. Mein ökologischer Fussabdruck ist sehr klein. Wir haben wenig Heizkosten, wenig Fläche pro Person. Es ist aber auch ökonomisch sinnvoll, dies darf man nicht vergessen. Wir zahlen für diese 4-Zimmerwohnung – es ist ein älterer Bau, ein neuerer hätte natürlich eine höhere Miete – momentan CHF 1'365.-- netto pro Monat. Dadurch haben wir mehr Geld im Portemonnaie, nicht zuletzt auch für den regionalen Konsum. Ich bin in diesem Sinne auch nicht ein spartanisch geprägter Mensch. Ich geniesse sehr gerne einmal ein gutes Essen in einem guten Restaurant hier in Muri. Diese Wohnbaugenossenschaften sind letzten Endes auch sehr demokratisch. Da man ein Teil dieser Wohnbaugenossenschaft ist, kann man nicht über die Köpfe der Anteilhaber entscheiden, wie dies eine grosse Immobilienfirma könnte. Dies geht dann soweit, dass, wenn z.B. der Balkon vergrössert wird, Unterschriften gesammelt werden. Und demokratisch wird entschieden, man zahlt CHF 50.-- mehr Mietzins, dafür wird der Balkon ein bisschen grösser. Dies ist eigentlich "schnusig", aber ich denke auch sehr schweizerisch, weil es sehr auf Kompromiss- und Konsensfähigkeit hinausgeht. Ich bin am Ende, die grosse Schlacht wird ja heute Abend noch nicht geschlagen. Ich freue mich jetzt auf den Abstimmungskampf,

freue mich dann auf das neu zusammengesetzte Parlament und auf den neuen Gemeinderat, welcher dann vielleicht auch wieder eine etwas andere Einschätzung dieser Initiative haben dürfte. Und ich freue mich vor allem auch auf einen fairen Abstimmungskampf. Der eine oder andere von Euch wird vielleicht im Gegenkomitee sein. Fair heisst z.B., dass man sich nicht gegenseitig die Plakate kaputt macht.

Renate Mäder (SVP): Die SVP wird diese drei Anträge, wie vom Gemeinderat beantragt, annehmen. Die SVP ist gegen jegliche Verstaatlichung resp. planwirtschaftliche Vorgaben im Immobiliensektor. Der Markt bestimmt den Preis. Im Moment – so wie es aussieht – entwickelt sich der Markt so, dass das Angebot offenbar grösser ist als die Nachfrage. Dies sieht man auch am Leerwohnungsbestand. Dieser ist so hoch, wie seit 20 Jahren nicht mehr. In der Schweiz sind rund 75'000 Wohnungen leer. Dies entspricht etwa einem Gesamtwohnungsbestand der Stadt Bern. Auch in der Gemeinde Muri sind viele Wohnungen ausgeschrieben, mit einem guten Mix an kleinen bis grossen Wohnungen, auch die Mietzinsen sind zum Teil sehr moderat. Zum Beispiel ist aktuell eine 4-Zimmerwohnung am Holzackerweg 2 für CHF 1'280.00 inkl. oder eine 3-Zimmerwohnung für CHF 1'240.00 inkl. an der Moosstrasse 41 ausgeschrieben. Beide sind von der Wohnbaugenossenschaft. Auf Immoscout finden sich in Gümligen im Moment – Stand heute – 35 Wohnungen zum Mieten. Mit diesem Überangebot hat sich die Preisentwicklung auf dem Mietwohnungsmarkt entspannt. Es ist dieser Markt, welcher für bezahlbare Wohnungen sorgt. Gemäss Immo-Monitoring der Beratungsfirma Wüest Partner werden die Wohnungen heute zu 5,8% tieferen Mieten angeboten, als noch im 2015. In der Agglomeration von Bern lassen sich viele entsprechende Wohnungen finden. Am 09. Februar 2020 hat die Schweizer Stimmbevölkerung die Volksinitiative "Mehr bezahlbare Wohnungen" mit 57,1% abgelehnt. Der Ja-Stimmenanteil für die Initiative in der Gemeinde Muri bei Bern war lediglich bei 38,1%. Deshalb ist die SVP-Fraktion für die Annahme dieser Anträge, wie vom Gemeinderat beantragt.

Daniel Arn (FDP): Die bereits mehr als vor einem Jahr eingereichte Initiative ist vom Amt für Gemeinden und Raumordnung AGR geprüft und grundsätzlich als rechtmässig erklärt worden und auch vereinbar mit dem übergeordneten Recht. Aufgrund dieser Vorprüfung hat der Gemeinderat richtigerweise Ende Oktober 2019 diese Initiative als gültig erklärt. Auch basierend auf diesem Initiativtext, hat der Gemeinderat die Umsetzung der Initiative ausführlich prüfen lassen und hat uns auch umfangreiche Unterlagen zukommen lassen, aus welchen man den Prozess nachvollziehen kann. Diese Unterlagen zeigen auch die Möglichkeit, wie und wo die Initiative realisiert werden kann. Daher ist es für uns nachvollziehbar, dass der Gemeinderat diese Initiative heute auf den Weg schicken möchte, getreu des Initiativtextes ohne Gegenvorschlag. Wir kommen bereits zum Schluss. Sorry, Raphael, Du hörst von uns heute keine bürgerlichen Voten für oder gegen diese Initiative. Wir unterstützen den Antrag in allen drei Punkten.

Walter Thut (forum): Kostenmiete ist kein Schimpfwort, und die Initianten und Initiantinnen argumentieren in einer nachvollziehbaren Art und nicht extrem zur Forderung nach bezahlbarem Wohnen in Muri-Gümligen. In der Fraktion ist im Laufe der Beschäftigung mit dem Vorstoss auch die Sympathie für dieses Anliegen gewachsen. Wenn ich nun in eher ablehnender Weise zur Initiative Stellung nehme, tue ich dies nicht für alle in der Fraktion, aber doch offiziell im Namen der Fraktion. Über das öffentliche Interesse an bezahlbaren Wohnungen in der Gemeinde wurde nicht diskutiert, sondern ein solches einfach behauptet. Dass eine soziale Durchmischung in einem Quartier oder Ortsteil wünschbar ist, stellen wir nicht in Abrede, sie wird aber auch einfach als gegeben angenommen. Es scheint uns aber nicht, dass die Verhältnisse in Muri diesbezüglich im Argen liegen, und die Behörde

in der Vergangenheit alles versäumt hat, Menschen aus verschiedenen sozialen Schichten in der Gemeinde heimisch werden zu lassen. So gibt es bereits Einwohner und Einwohnerinnen in unserer Gemeinde, für die die Initiative günstigen Wohnraum schaffen will: Es sind die «ländlich Traditionellen», die «modernen Arbeiter» und vielleicht der «klassische Mittelstand» mit gesamthaft 23%, welche einen Wohnraum in unserer Gemeinde gefunden haben (Die Begriffe und die Zahlen stammen aus der Studie zu preisgünstigem Wohnraum zu Muri b. Bern, von Fahrländer Partner Raumentwicklung AG). Sie alle haben eine Wohnung gefunden. Und wer eine andere Bleibe innerhalb der Gemeindegrenzen sucht, hat in Muri oder Gümligen bessere Chancen als anderswo, denn eine eigentliche Wohnungsnot ist in der Gemeinde nicht auszumachen (Leerstand seit 2015 ca. 1.5%. Q: Fahrländer). Zum Vergleich: In der Stadt Bern sind es 0.58% (Q: Statistik der Stadt Bern). Darum sehen wir die Dringlichkeit für ein Handeln nicht.

Selbstverständlich darf die Gemeinde gemeinnützige Wohnbauträger bei der Realisation von Projekten unterstützen. Das tut sie bereits, wie man hört, und dies unterstützen wir auch. Aber sie sollte dabei nicht übermässigen Aufwand betreiben und am Schluss noch abklären müssen, ob jemand nun Anrecht auf eine vergünstigte Wohnung hat, oder nicht.

Wenn die Gemeinde bei Erlass oder bei Änderungen von Nutzungsplänen für Bauvorhaben von 4'000 m<sup>2</sup> oder mehr eingreifen soll, kann es sich nur um grössere Überbauungen handeln. Und solche sind im Lischenmoos, in der östlichen Schürmatt und im Gümligenfeld (wenn denn dort einmal eingezont worden ist) auszumachen, vielleicht auch noch an der Thunstrasse südlich dem Schloss oder im sogenannten Fünf-Eck an der Thunstrasse zwischen Egghölzli und Muri Zentrum. Diese Projekte sind aber so gross, dass man sich in diesen Fragen bei der Planung und Bewilligung sowieso darum kümmern muss. Wir sehen darum den Hebel dort, den Kostenmieten gegenüber den Marktmieten eine Chance zu geben in ihrem Planungsprozess. Instrumente dazu werden dann z.B. die Wohnungsgrössen und ökonomisches Bauen und entsprechendes Planen sein. Wir sehen eher das als geeignetes Mittel, und nicht, was wir lesen können von den Initianten und Initiantinnen: « ... die Frage nach dem preisgünstigen Wohnungsbau ein für alle Mal generell geklärt haben und sie nicht bei jedem Planungsvorhaben aufs Neue diskutieren.» (Erläuterungen zur Initiative). Das tönt, mit Verlaub, viel zu imperativ und entspricht eigentlich nicht unserer Kultur, etwas ein für alle Mal zu regeln. Das forum unterstützt darum, in welchem Stimmenverhältnis werdet Ihr ja dann sehen, den Antrag des Gemeinderats: Wir nehmen Kenntnis vom Bericht, verzichten auf einen Gegenvorschlag und lassen den Gemeinderat die Arbeiten einleiten, die schliesslich zur Volksabstimmung führen.

### Wortmeldungen

Patricia Messerli (forum): Ich möchte hier auch noch ein paar Worte sagen. Ich bin Mitglied des Initiativkomitees, und nächstes Jahr bin ich wahrscheinlich weiterhin dort oben auf der Tribüne und werde mich dann nicht zu Wort melden, wenn diese Initiative am Schluss noch hier beraten wird. Ich war mein ganzes Leben bis jetzt Mieterin. Aufgewachsen bin ich in der Baugenossenschaft Egghölzli, dies ist ein paar hundert Meter von Muri-Gümligen weg. Ich kenne also das genossenschaftliche Wohnen. Ich schätze das Wohnen in einer Wohnbaugenossenschaft sehr, da man eine Art Miteigentümer ist und trotzdem Verantwortung für die ganze Genossenschaft hat, wie es Raphael bereits erwähnt hat. Auch unsere jetzige Wohnung gehört der Wohnbaugenossenschaft Fambau, und wir haben auch eine relativ günstige Miete. Wie es meine Vorredner bereits erwähnt haben: Wir haben letztes Jahr die Unterschriftensammlung gestartet und bereits ein paar Monate später die nötigen Unterschriften zusammen gehabt. Viele Bewohner und Bewohnerinnen von Muri-Gümligen haben uns ihre Sorgen geäussert, als sie unterschrieben haben und viele hatten den Eindruck, dass es in



Muri-Gümligen wenig bezahlbare Wohnungen gibt, oder möglicherweise geben wird. Vor allem ältere Leute oder alleinerziehende Mütter mit Kindern, welche gerne in der Gemeinde bleiben möchten, da sie hier verwurzelt sind, haben manchmal Mühe eine preisgünstige Wohnung zu finden. Gerade bei einer Scheidung oder einer Verwitwung kann es sein, dass man plötzlich eine günstigere Wohnung suchen muss und trotzdem im gleichen Quartier oder in der gleichen Gemeinde bleiben möchte. Der Gemeinderat anerkennt dies ja auch in seinem Papier, dass es Bedarf nach preisgünstigen Wohnungen gibt. Im Moment sind – wie es Renate und andere erwähnt haben – die Mieten effektiv nicht so hoch, wie sie auch schon vor ein paar Jahren – vielleicht 15 – gewesen sind. Dies hängt aber nicht zuletzt auch mit den tiefen Hypothekarzinsen zusammen. Falls diese aber wieder ansteigen sollten – dies weiss man nie so genau, wann diese höher werden –, dann werden natürlich auch die Mieten wieder teurer werden. Der Bericht zeigt – wie es Raphael gesagt hat –, dass das Mietzinsniveau in Muri-Gümligen im regionalen Vergleich auf sehr hohem Niveau liegt. Vor allem Neubauwohnungen sind eher teuer. Ich habe auch gestern schnell eine Recherche auf Immoscout gemacht. Ich habe dort festgestellt, dass die teuerste Wohnung in Gümligen ca. CHF 2'800.00 kostet, und dies ist eine Neubauwohnung. Die günstigste Wohnung ist eine 4-Zimmerwohnung, welche für ca. CHF 1'400.00 zu haben ist. Dies ist eben genau eine Wohnung einer Wohnbaugenossenschaft. Dies bestätigt die Regel, wonach Wohnungen von gemeinnützigen Wohnbauträgern über eine längere Sicht hinweg deutlich günstiger sind als die Durchschnittsmieten von Renditeobjekten.

Mit unserer Initiative verlangen wir eigentlich nicht viel Neues. Vieles macht der Gemeinderat bereits, und dafür möchten wir ihm auch danken. Doch wir erhoffen uns, dass mit unserer Initiative beispielsweise gerade bei grossen Bauprojekten – und nur dort würde ja die Initiative ansetzen – eine bessere Durchmischung der Wohnungen erreicht werden könnte, wenn man mit einem kleinen Teil der Wohnungen den preisgünstigen Wohnungsbau fördert. Dies ermöglicht gerade dort eine bessere Durchmischung, da Leute aus unterschiedlichen Generationen, aus verschiedenen Lebenssituationen, mit verschiedener Herkunft und unterschiedlichem Bildungsniveau dort leben und wohnen können. Deshalb unterstütze ich hier jetzt auch den Antrag des Gemeinderats in diesem Sinne, dass er keinen Gegenvorschlag vorschlägt.

*Das Schlusswort wird weder von Bernhard Häuselmann (GPK) noch von Thomas Hanke (GR) verlangt. Kein Rückkommen.*

Die Beratung ist damit abgeschlossen.

Beschluss (36 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

1. Der Grosse Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats vom 28. September 2020.
2. Der Initiative "Bezahlbares Wohnen in Muri-Gümligen" wird kein Gegenvorschlag gegenübergestellt.
3. Der Gemeinderat wird beauftragt, das Planerlassungsverfahren für die Initiative durchzuführen und nach Abschluss dieses Verfahrens dem Grossen Gemeinderat die Initiative zur Verabschiedung zuhanden der Volksabstimmung zu unterbreiten.

### 3. **Überparteiliche Motion (EVP, forum, Grüne, SP): Realisierungsgrad von Investitionen nachhaltig steigern**

Die Vorsitzende: Carole Klopstein hat mit E-Mail vom 6. November 2020 ihre Motion wie folgt angepasst: "Der Gemeinderat wird aufgefordert, aufgrund einer umfassenden Analyse die notwendigen Massnahmen zu erarbeiten, damit dauerhaft ein durchschnittlicher Realisierungsgrad von mindestens 85% bei den Investitionen sowohl im Tief- wie im Hochbau sichergestellt werden kann. Er informiert den GGR in Zukunft zweimal pro Jahr über den Stand der geplanten Investitionsprojekte und die Erreichung des Realisierungsgrads".

Der Gemeinderat hat daraufhin beschlossen den Antrag zu stellen, dass die Motion überwiesen und abgeschrieben wird.

Thomas Hanke verzichtet auf das Wort aus dem Gemeinderat.

Als Erstunterzeichnende spricht Carole Klopstein (Grüne): Herzlichen Dank für die Ausführungen des Gemeinderats. Als Erstunterzeichnende steht mir die Möglichkeit zu, hier als Erste Position zu beziehen. Es widerspiegelt gleichzeitig unser Fraktionsvotum, und ich denke, dass die anderen Fraktionen, welche mitunterzeichnet haben, sich sicherlich auch noch äussern werden. Wir danken dem Gemeinderat für die wohlwollende Prüfung, und dass es unumstritten scheint, dass vor allem im Bereich Hochbau Massnahmen getroffen werden müssen. Besonders spannend finden wir auch, dass die daraus resultierenden negativen Aspekte sich mehrheitlich mit unserer Argumentation decken. Wir haben aber ein bisschen das Gefühl, dass die vorgeschlagenen Massnahmen, welche uns geschickt wurden, mehr eine Symptom- als eine Ursachenbekämpfung sind. Weder die Priorisierung noch die Staffelung ändern wirklich etwas am ursprünglichen Problem, nämlich dass es zu wenig Personal hat, welches diese Prozesse genügend begleiten kann. Wir verstehen die Argumentation, dass es in den vergangenen 4 Jahren zu diversen Hindernissen gekommen ist, unter anderem mit den Ortsplanungspaketen und natürlich auch den personellen Wechseln. Doch wir denken, dass solche Planungsgeschäfte in Zukunft weiterhin komplexer und vielfältiger ausfallen werden, und hier der Aufwand sicher nicht gross abnehmen wird, und dass Personalwechsel höchstwahrscheinlich auch in Zukunft noch relativ häufig auftreten werden, und dass auch dies nicht wirklich etwas ist, was der Vergangenheit angehört. Nach wie vor haben wir einen Rattenschwanz von Investitionen, welcher aufgearbeitet werden muss. Wir denken, dass die einzig richtige Lösung wäre, dass man hier die Stellenprocente erhöhen würde. Was die Umstrukturierung betrifft, so habe ich die Ausführungen ein paar Mal durchlesen und Notizen machen müssen. Es wird irgendwo etwas weggenommen, dann wird hier wieder etwas ausgeschrieben. Irgendwo sind 40 temporäre Stellenprocente, und diese sind nun wieder irgendwo anders. Unter dem Strich bin ich zum Ergebnis gekommen, dass der Bereich Hochbau neu 220 statt 180 Stellenprocente hat. Aber dass sich die Gesamtsumme der Stellenprocente auf der Bauverwaltung nur marginal ändert, und zwar dass die Stellen, welche bis jetzt mit zu wenig Stellenprocenten besetzt waren, aber mehr zugute haben, nun voll und neu ausgeschrieben werden. Ich denke, dass es nicht nur positiv ist, es kann auch kontraproduktiv sein, wenn man die Arbeitsbereiche hin und her schiebt. Einerseits braucht es Zeit, um sich einzuarbeiten, andererseits fehlen Erfahrungswerte, um wirklich speditiv zu arbeiten. Es wird also hin und her geschoben, neu verteilt, abgezogen und aufgestockt, aber ohne wirklich etwas daran zu ändern. Dies ist auch der Grund, wieso wir das Gefühl haben, dass es sich hier mehr um Symptom- statt um Ursachenbekämpfung handelt. Wir können nicht ganz nachvollziehen, wieso der Gemeinderat nicht den Mut findet, eine solche Aufstockung im GGR zu thematisieren, noch bevor die Personalreglementüberarbeitung kommt. Wir sehen hier auch eine Chance, um die

Stellenplafonierung einmal zu diskutieren. Wir haben eine relativ komfortable finanzielle Ausgangslage, so dass es eigentlich nicht ein Genickbruch wäre, wenn man dieses Problemfeld hier mit mehr personellen Ressourcen angehen würde. Aus diesem Grund werden wir der Überweisung als Motion natürlich zustimmen, allerdings sind wir mit der direkten Abschreibung nicht einverstanden. Dies liegt eigentlich in der Natur der Sache, dass ein solcher Prozess mittelfristig überhaupt abgeschrieben werden kann. Wir wissen nun ja noch nicht, wie diese Massnahmen greifen werden, und es dann vielleicht doch noch Spielraum benötigt, um zusätzliche Massnahmen zu präsentieren. Mir ist nun nicht ganz klar, ob dies ein Änderungsantrag ist, wenn wir nicht damit einverstanden sind, dass es direkt abgeschrieben wird?

Die Vorsitzende: Die Abstimmung müsste aufgeteilt werden.

Carole Klopstein (Grüne): Wir möchten den Antrag stellen, dass dies in zwei Abstimmungen aufgesplittet wird.

*Eintreten wird nicht bestritten.*

*Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.*

#### Fraktionserklärungen

Raphael Racine (SP): Inzwischen liegt die Motion in abgeänderter Form vor und der Gemeinderat beantragt deren Überweisung und Abschreibung. Die SP-Fraktion wird der Überweisung selbstredend zustimmen, bestreitet aber hingegen, wie dies bereits Carole gemacht hat, die Abschreibung. Kurz unsere Überlegungen dazu: Im Tiefbau-Bereich muss man nicht diskutieren, da ist der Realisierungsgrad von 85% gross und sehr erfreulich.

Als problematisch erachten wir hingegen den Hochbau. Der Gemeinderat listet die Risiken eines tiefen Realisierungsgrads sogar selber auf, setzt aber aus unserer Sicht bei den Massnahmen die falschen Prioritäten. Die Massnahmen sehen denn auch eine Ressourcenaufstockung vor – aber lediglich um eine Vollzeitstelle –, und es ist noch nicht genau klar, wann diese Vollzeitstelle schlussendlich realisiert wird. Wir sind nicht überzeugt, dass dies reicht. Denn schon heute müssten sich die Mitarbeitenden wohl klonen können, um in den verschiedenen Bereichen die vielschichtigen Aufgaben zu bewältigen. In Anbetracht der Bedeutung der anstehenden Projekte und einer nachhaltigen und somit klimafreundlichen Bewirtschaftung wäre eine substanziellere Aufstockung der Bauverwaltung sicher kein Luxus. Dass Priorisieren und Staffeln allein nicht zielführend ist, hat sich nun gezeigt. Es sei denn, man erachte „schlanke Ressourcen“ und ein Herumjonglieren der Stellenprozente zwischen Bereichen – ungeachtet des Kontexts – als etwas Positives. Darin sehen wir höchstens eine Notlösung und erwarten, dass sich der Gemeinderat ernsthaft Gedanken macht über eine umfassendere Aufstockung der Bauverwaltung. Eine gut dotierte Bauverwaltung, welche die Projekte auch im Hochbau-Bereich nachhaltig und plangemäss realisieren kann, könnte nicht nur mit einem vorbildlichen Realisierungsgrad punkten, sondern ebenso als attraktive Arbeitgeberin.

Lorenz Held (FDP): Muri-Gümligen steht beileibe nicht alleine mit der Herausforderung, dass geplante Investitionsvolumen nicht vollumfänglich realisiert werden können. Gründe liegen zumeist in längeren Projektdauern als ursprünglich angenommen. Entweder ist die Terminplanung zu optimistisch, es tauchen unerwartete Hindernisse auf, oder aber die Bauherrschaft verfügt selber über zu

wenig Ressourcen zur Steuerung. Nur selten ist es leider so, dass der sogenannte Realisierungsgrad aufgrund von Budgetunterschreitungen unter 100% zu liegen kommt.

Die Antwort des Gemeinderats erwähnt zurecht diverse Massnahmen, die zum Erfolg führen können. Dazu kommt noch, dass in der Regel die Investitionsbudgets „überbucht“ werden müssen, will man das Ziel erreichen.

Vorausschauende Planung, das sehen die Motionäre richtig, hilft sowohl den Entscheidungsprozessen als auch den Projekten selber. Wo die Motionäre hingegen kaum richtig liegen, ist der teure Einsatz von externen Ressourcen. Erfolgt er ausschliesslich, um Spitzen zu brechen, ist er günstiger und hilft zusätzlich, externes Wissen und Erfahrung einzubringen.

Wer schon je Finanzplanung über ein Projektportfolio erstellen musste, weiss, dass dies „hohe Schule“ ist. Regelmässig wird von den einzelnen Verantwortlichen der Finanzbedarf überschätzt, sodass namhafte Bauherren, wie z.B. der Kanton Solothurn, Faktoren eingeführt haben, um den Investitionsbedarf richtig einzuschätzen, d.h. zu vermindern.

Eigentlich ist es ja gut, wenn man weniger ausgibt als geplant. Dies aber nur so lange, wie der Substanzerhalt nicht gefährdet ist. Es ist daher wichtig, nicht einfach eine bestimmte Ausgabengrösse zu planen, sondern zu schauen, wieviel notwendig ist, um über das ganze Portfolio den Substanzwert auf der richtigen Höhe zu halten. Dies würde ich als nachhaltige Steuerung bezeichnen und nicht die Erreichung einer geplanten Investitionshöhe alleine. Das richtige tun, und es richtig tun.

Die FDP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Patricia Messerli (forum): Wir danken dem Gemeinderat für die ausführliche Begründung zu dieser Motion. Das forum unterstützt den abgeänderten Antrag des Gemeinderats, die Motion zu überweisen. Nicht einverstanden sind wir jedoch mit der Abschreibung der Motion. Es reicht unserer Meinung nach nicht, im Rahmen der Jahresrechnung und bei der Behandlung des Investitionsplans darüber informiert zu werden. Wir können der Stellungnahme des Gemeinderats auch keine Gründe entnehmen, weshalb sie abgeschrieben werden sollte – im Gegenteil. Es braucht einen Zwischenbericht zu dieser Motion, damit wir wieder darüber diskutieren können.

Seit mehreren Jahren besteht im Bereich Hochbau ein tiefer Realisierungsgrad und damit verbunden ein Sanierungsstau. Die Gründe dafür sind bekannt und zwar schon seit längerem. Bereits 2014 hat der Gemeinderat im Zwischenbericht zur Motion Häusermann festgehalten, dass der Sanierungsstau nicht mit den vorhandenen personellen Ressourcen der Bauverwaltung bewältigt werden könne. Schon damals waren die vorhandenen Personalkapazitäten für die anstehenden Herausforderungen nicht ausreichend. Es fiel schon vor sechs Jahren das Stichwort "schlanke" Bauverwaltung. Und schon damals hat der Gemeinderat im Zwischenbericht auf die Optimierung der Ressourcenverteilung hingewiesen, dieses komplizierte Konstrukt, welches Carole vorher erwähnt hat.

Thomas Hanke und insbesondere der Gemeinderat haben danach versprochen, verschiedene Massnahmen zu prüfen, und Thomas hat sich zuversichtlich gezeigt, dass man damit auf dem richtigen Weg sei, um die 85% Investitionen wieder zu erreichen. Irgendwie ist aber der Gemeinderat von diesem richtigen Weg abgekommen. Auf jeden Fall hat er sein Ziel bisher nicht erreicht.

Vieles, was wir heute in dieser Stellungnahme lesen können, stand bereits in der Stellungnahme zur Motion Häusermann. Jetzt ist unserer Meinung nach der falsche Zeitpunkt, um sich eine "schlanke" Bauverwaltung zu leisten. Auch wenn jetzt vielleicht die finanziell mageren Jahre auf uns zukommen, ist es am falschen Ort gespart. Es kommt eine Vielzahl von Grossprojekten auf die Bauverwaltung zu, und diese dürfen nicht weiter verzögert werden. Wichtig ist, dass man jetzt mit den geplanten Schulhaussanierungen vorwärts macht und dort die richtigen Weichen stellt. Mehrere unserer Schulhäuser sind nicht mehr in einem guten Zustand, und

die Grösse und die Anzahl der Klassenräume entsprechen nicht mehr den heutigen pädagogischen Anforderungen. Zusätzlich hat der Gemeinderat noch ein weiteres Grossprojekt, und zwar die Sanierung des Gemeindehauses. Es wird am Gemeinderat sein, hier zu entscheiden, welches dieser Projekte er priorisieren möchte. Ich persönlich hätte allerdings Mühe, wenn jetzt dem Parlament zuerst der Kredit für die Sanierung des Gemeindehauses vorgelegt werden würde. 1'200 Kinder und Lehrpersonen stehen 170 Gemeindeangestellten gegenüber. Ich anerkenne das Bedürfnis der Gemeindeangestellten nach einem modernen Arbeitsplatz. Und es ist ja nicht so, dass wir für unsere Gemeindeangestellten nichts tun. Wir setzen uns auch an anderen Orten ein für Verbesserungen wie beispielsweise ein moderneres Personalrecht.

Wir sind deshalb nicht sehr zuversichtlich, dass eine "schlanke" Bauverwaltung in der Lage sein wird, die grösseren Umbauprojekte, insbesondere die Gesamtsanierung der Schulanlage Melchenbühl sowie die Gesamtsanierung und Erweiterung der Schulanlage Seidenberg, zu stemmen. Es stehen im Bildungsbereich andere grosse Projekte an, wie die Stufenzusammenlegung, die Einführung eines durchlässigen Modells oder die Frage nach einem möglichen Standort einer Ganztagesesschule. Die Realisierung dieser Projekte ist eng verknüpft mit den anstehenden Sanierungen der Schulen, und je länger man wartet, desto teurer wird es.

Wir möchten festhalten, dass auch die mittelgrossen Sanierungsprojekte, welche in der Antwort erwähnt werden, in Angriff genommen werden müssen. Falls es nämlich bei einem prioritäreren Projekt zu Verzögerungen kommt, könnten wenigstens die mittelgrossen Projekte vorangetrieben werden. Wichtig ist darum jetzt, dass man eine Priorisierung vornimmt und wenn immer möglich der Sanierung der Schulliegenschaften die höchste Priorität zuordnet. Danach muss man unserer Meinung nach eine zusätzliche – allenfalls auf ein paar Jahre befristete – Stelle im Bereich Hochbau schaffen, damit eine Vielzahl der Projekte, welche im Investitionsplan vorgesehen sind, wirklich auch realisiert werden können. Es darf nicht zugewartet werden, bis das neue Personalreglement in Kraft getreten ist. Ich komme zum Schluss: Aus den oben erwähnten Gründen unterstützen wir die Überweisung der Motion. Nicht einverstanden sind wir jedoch mit der Abschreibung der Motion insbesondere auch, weil diese Motion an die noch hängende Motion Häusermann anknüpft und diese ergänzt.

*Keine Wortmeldungen.*

*Das Schlusswort wird weder von Thomas Hanke (GR) noch von Carole Klopstein (Grüne) verlangt. Kein Rückkommen.*

Die Beratung ist damit abgeschlossen.

#### Beschluss

1. Der Überweisung der überparteilichen Motion (EVP, forum, Grüne, SP): Realisierungsgrad von Investitionen nachhaltig steigern wird mit 36:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zugestimmt.
2. Die Motion wird mit 20:15 Stimmen bei einer Enthaltung abgeschrieben.

**4. Interpellation Schmitter (FDP): Alarmauslösung bei zielgerichteter Gewalt in den Schulen**

Stephan Lack verzichtet auf das Wort aus dem Gemeinderat.

Beat Schmitter (FDP): Ich danke bestens für die Beantwortung dieser Interpellation. Gewaltverbrechen, speziell wenn es in Schulen ist, sind immer etwas Schlimmes, da sind wir uns wohl alle einig. Wir haben alle Berichte von Bildern von Gewaltexzessen in Schulen aus dem näheren und fernerem Ausland vor Augen und hoffen immer, bei uns wird dies nicht passieren. Wenn es dann doch passiert, sind wir darauf angewiesen, dass die getroffenen Vorsorgemassnahmen richtig und konsequent umgesetzt werden können. Es ist ein bisschen wie bei der Feuerwehr, man kann sie nicht anfangen aufzubauen, wenn es dann brennt. Niemand weiss, ob bei uns ein solcher Vorfall passieren kann – morgen oder in paar Jahren oder vielleicht gar nie. Aus meiner Sicht müssen deshalb die entsprechenden Vorbereitungen rasch umgesetzt und nicht nur geplant werden. Ein Ereignis kann, wie gesagt, morgen bereits da sein. In diesem Sinne begrüsse ich die Aktivitäten des Gemeinderats und der Schulleitungen und hoffe, dass nun gehandelt, umgesetzt und geübt wird, und dass man nicht noch während Jahren nur Absichten formuliert und Pläne erstellt.

*Es wird keine Diskussion verlangt.*

Die Beratung ist damit abgeschlossen.

**5. Einfache Anfrage Siegenthaler (forum): Hochhaus-Projekt**

Thomas Hanke verzichtet auf das Wort aus dem Gemeinderat.

Die Stellungnahme des Gemeinderats wird zur Kenntnis genommen.

**6. Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen**

*Keine Informationen.*

## 7. Neue parlamentarische Vorstösse

### Motion 1.1 (Siegenthaler Muinde, forum): Gemeindehaus mit Zukunft

***Der Gemeinderat wird beauftragt, bei der Sanierung des Gemeindehauses ein möglichst nachhaltiges Projekt zu entwickeln, das Potential des Gebäudes für die Produktion von Sonnenstrom zu nutzen (im besten Fall entsteht ein Plusenergie-Gemeindehaus) und im Gesamtprojekt möglichst die Biodiversität zu stärken.***

*Unser Gemeindehaus und seine Umgebung sind in die Jahre gekommen. Ersatz oder Neubau wurden gegeneinander abgewogen und der GR informierte das Parlament vor einiger Zeit, dass der Weg über eine Sanierung eingeschlagen wird. Das Projekt wird auch den Platz und das "Bahnhöfli" mit einbeziehen. Weitere Informationen zum Vorgehen fehlen bisher.*

***Das Gemeindehaus steht symbolisch für das Selbstverständnis einer Gemeinde.***

*Leicht lässt sich am alten Gemeindehaus (einladendes Gebäude "auf Augenhöhe" mit Chalet-Flair) und dem heutigen Gemeindehaus (markanter Bau mit klaren Linien, kühles Grau und Beton im Aussenbereich) eine Entwicklung im Selbstverständnis der Gemeinde ablesen.*



### **Wo soll die Reise mit der Sanierung hingehen?**

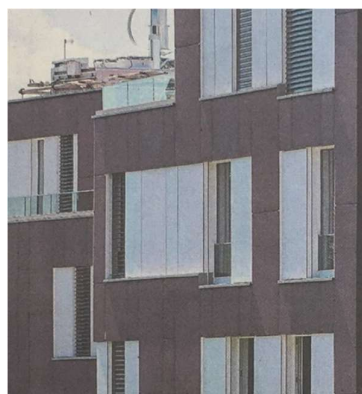
*Wir verstehen uns als Bürger\*innen einer Gemeinde, die aktiv und mutig die Herausforderungen unserer Generation angeht: Den Klimawandel und das 6. Artensterben sowie generell unseren verschwenderischen Umgang mit Ressourcen. Deshalb: Unser neu saniertes Gemeindehaus soll dieses Selbstverständnis - das sich ja auch bereits im Energiestadt-Label und in der Dekarbonisierungsstrategie der gbm offenbart - baulich sichtbar machen.*

Ein wirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltiges Gemeindehaus ist angezeigt. Zum Begriff "Nachhaltiges Bauen" und seinen - auch finanziell sehr sinnvollen - Ausprägungen siehe [https://de.wikipedia.org/wiki/Nachhaltiges\\_Bauen](https://de.wikipedia.org/wiki/Nachhaltiges_Bauen). Wichtige Zielsetzungen sind ein Gebäude, das möglichst wenig Energie benötigt und möglichst viel Energie produziert und eine Gebäude- und Umgebungsgestaltung, die die Biodiversität stärken. Im besten Fall ein nachhaltiges Plusenergie-Gemeindehaus.

Die Ausgangslage ist gut. Unser Gemeindehaus eignet sich nebst der Erzeugung von Sonnenstrom auf dem Dach auch bestens für Fassaden-Photovoltaik. Besonders erwähnenswert: Der Strom wird tagsüber produziert, also dann, wenn er auch benötigt wird. Und Fassadenanlagen liefern auch im Winter Strom, da der Winkel zur Sonne günstiger ist als bei Dachanlagen.

Zwei, drei Fakten zu **Fassaden-Photovoltaik Projekten**:

- Gemäss Aussagen von Architekten kostet eine schöne vorgehängte Fassade (z.B. Glas oder Stein) CHF 500 - 700 / m<sup>2</sup>
- Eine vorgehängte Solarfassade kostet ca. CHF 700 (grössere Fassaden auch günstiger) und ist funktionell vergleichbar (inkl. Z.B. Dämmung)
- Die Solarfassade vermeidet also Kosten, die sonst sowieso anfallen würden und kostet netto CHF 200 bis 0 / m<sup>2</sup>
- Aber sie produziert zusätzlich Strom
- Damit lassen sich Payback Perioden von teilweise 1-2 Jahren realisieren, auch für Nordfassaden
- Die Solarglas-Fassade kann in allen Mustern und Farben bestellt werden (siehe Bilder)
- Die Solarglas-Fassade hat eine Lebenserwartung von mindestens 50 Jahren.



Drei Beispiele von Fassaden-Photovoltaik: Solarglas-Fassaden können in allen Mustern und Farben bestellt werden. Quellen: <https://megasol.ch/referenzen>; Tages-Anzeiger



*Angemerkt sei, dass die Installation der Photovoltaik-Module nicht notwendigerweise die Investitionssumme erhöhen muss. Eine Vermietung von Dach und Fassaden und die Erstellung der Anlagen durch einen Dritten sind heute gute Alternativen. Der Verein ENERGIEWENDE Muri-Gümligen verfügt über entsprechende Kontakte und wird diese Möglichkeit in der Gemeinde in den kommenden Monaten bekannter machen.*

Muri bei Bern, 17. November 2020

Gabriele Siegenthaler Muinde

*P. Rösli, K. Jordi, H.U. Gujer, C. Klopstein, L. Lehni, G. Brenni, L. Hennache, H. Beck, W. Thut (10)*

**Motion 2.2 (Siegenthaler Muinde, forum):  
Nicht-sicherheitsrelevante nächtliche Beleuchtung**

***Der Gemeinderat wird beauftragt, die notwendigen gesetzlichen Grundlagen auf Gemeindeebene zu schaffen, damit nicht-sicherheitsrelevante nächtliche Beleuchtung bezüglich Ausgestaltung und Betriebsdauer die Anforderungen gemäss Rechtsprechung des Bundesgerichts erfüllt. Die Bevölkerung und Gewerbetreibende sind mittels geeigneter Kommunikation auf die Problematik (Lichtverschmutzung, Energiesparen, geeignete Lösungen) aufmerksam zu machen.***

*Zur nicht-sicherheitsrelevanten Beleuchtung zählen insbesondere Leuchtreklamen und Dekorationsbeleuchtung. Diese sind sinnvoll bzw. machen Freude.*

*Sie haben aber mitten in der Nacht keinen Nutzen, sondern benötigen unnötig Energie und stören Natur und Menschen. Deshalb ergibt sich eine gesetzliche Verpflichtung, deren Ausgestaltung und Betrieb zu regeln.*

**Situation heute**

*Im aktuellen Reklamereglement fehlt eine gesetzliche Grundlage für die Beschränkung der Beleuchtungsdauer von Beleuchtungen zu Reklame- und Dekorationszwecken.*

*Reklameleuchten: Die Anzahl der Baugesuche für beleuchtete - und z. T. auch bewegte - Reklameflächen häufen sich. Die Praxis der Gemeinde, wonach beleuchtete Reklamen von 22h bis 06h abzuschalten sind, gerät damit immer mehr unter Druck und die Gefahr von rechtlichen Schritten infolge mangelnder gesetzlicher Grundlage steigt. Nicht bekannt ist, ob die Gemeinde die Einhaltung der nächtlichen Beleuchtungsbeschränkung periodisch kontrolliert.*

*Dekorationsbeleuchtung: Diese ist grundsätzlich bewilligungsfrei, kann aber Nachbarn empfindlich stören und baupolizeiliche Kontrollen und die Anordnung von Beleuchtungseinschränkungen nach sich ziehen. Dekorationsbeleuchtung wird immer häufiger eingesetzt, sowohl von Gewerbe wie Privaten.*

**Übergeordnetes Recht und Rechtsprechung des Bundesgerichts**

*In BGE 140 II 33 (Möhlin)<sup>1</sup> ging es um eine Weihnachtsbeleuchtung. Das Bundesgericht hat die rechtliche Lage wie folgt festgehalten:*

- *Licht gilt als Emission oder Immission im Sinne von Art. 7 Umweltschutzgesetz (USG)*

<sup>1</sup>[http://relevancy.bger.ch/php/clir/http/index.php?highlight\\_docid=atf%3A%2F%2F140-II-33%3Ade&lang=de&type=show\\_document](http://relevancy.bger.ch/php/clir/http/index.php?highlight_docid=atf%3A%2F%2F140-II-33%3Ade&lang=de&type=show_document)

- *Es gilt deshalb das Vorsorgeprinzip, wonach Einwirkungen, "die schädlich oder lästig werden könnten", frühzeitig zu begrenzen sind.*
- *Dies gilt "unabhängig von der bestehenden Umweltbelastung". Die Begrenzung muss vorsorglich vorgenommen werden, soweit dies "technisch und betrieblich möglich und wirtschaftlich tragbar ist" (Art. 11 Abs. 2 USG; Vorsorgeprinzip)". Nach dem klaren Wortlaut des Gesetzes sind daher Emissionsbegrenzungen nach Art. 12 Abs. 2 USG nicht nur zum Schutz gegen schädliche oder lästige Emissionen geboten, sondern - gestützt auf das Vorsorgeprinzip - auch zur Vermeidung unnötiger Emissionen (BGE 133 II 169 E. 175; BGE 126 II 366 E. 2b S. 368 mit Hinweisen).*
- *Ist zu erwarten, dass die Einwirkung tatsächlich schädlich oder lästig werden wird, so werden die Emissionsbegrenzungen verschärft (Art. 11 Abs. 2 USG). Dabei ist auf den Stand der Wissenschaft oder die Erfahrung abzustellen.*
- *Zum Stand der Wissenschaft gehört die "Beleuchtungs-Norm" SIA 491 (2013): Sie empfiehlt u.a. die Minimierung und Begrenzung von Betriebszeiten für nicht-sicherheitsrelevante Beleuchtung (Ziff. 3.8.4.2); zum Schutz der Nachtruhe wird empfohlen zwischen 22.00 und 06.00 Uhr u.a. auf Garten- und Dekorationsbeleuchtung sowie auf die Anstrahlung von Objekten zu verzichten (Ziff. 2.5.5 i.V.m. Ziff. 3.8.4.1). Dies entspricht der Empfehlung des BUWAL (heute BAFU) und anderer Stellen.*

#### **Die SIA Norm 491**

*Die Norm regelt die Vermeidung unnötiger Lichtemissionen im Aussenraum und ist seit dem 1. März 2013 in Kraft. Sie gilt für künstliches Licht von UV bis Infrarot (also hauptsächlich sichtbares Licht) vor allem im Aussenraum, jedoch auch für Licht, das vom Innen- in den Aussenraum fällt. Ausgenommen sind Signallichter von Flughäfen, Häfen und Verkehrsadern.*

*Die Norm unterscheidet zwischen sicherheitsrelevantem Licht und dem Licht, das nur zu Werbe- oder Gestaltungszwecken installiert wird. Zweiteres unterliegt den Bestimmungen der Nachtruhe und soll ohne Nutzung von 22-6 Uhr abgestellt werden. Ausserdem ist auch im Betrieb auf möglichst geringe Emissionen zu achten, z.B. bei der Positionierung, Intensität und dem Lichtausfall.*

*Das Bundesgericht hat die Norm bereits in Streitfällen beigezogen (siehe BGE Möhlin oben) und die empfohlene Nachtruhe von 22-6 Uhr als im öffentlichen Interesse liegend gewertet. Die Norm hat somit indirekt verbindlichen Charakter.*

#### **Anforderungen an die gesetzliche Grundlage**

*Aus dem Vorhergehenden ergibt sich die Verpflichtung, gestützt auf übergeordnetes Recht u.a. im Reklamereglement geeignete Regeln zur Beschränkung von nicht-sicherheitsrelevantem Licht - etwa Werbe- und Dekorationsbeleuchtung - festzuschreiben. Bei der Formulierung der gesetzlichen Grundlage ist insbesondere folgendes zu beachten:*

- *Die SIA-Norm 491 soll als Planungsgrundlage für alle Aussenbeleuchtung verbindlich erklärt werden.*
- *Das visuelle Nachtruhe-Zeitfenster ist analog zum Lärmschutz festzuschreiben.*
- *Von der generellen Betriebsbeschränkung von 22h bis 06h können (restriktiv) Ausnahmen bewilligt werden, z.B. im Falle von längeren Betriebszeiten bzw. für kulturelle Traditionen (Weihnachtsdekoration). Letztere ist in anderen Gemeinden vom 1. Advent bis 6. Januar erlaubt und darf bis 24 oder 01h in Betrieb bleiben.*

- *Zusätzlich zur Beleuchtungsbeschränkung sind aufgrund der einschlägigen Bestimmungen die allgemeinen Regeln zur Beschränkung von Lichtimmissionen (Leuchtintensität, Abschirmung etc.) festzuhalten.*
- *Lichtimmissionen können auch von der Reklame- und Dekorationsbeleuchtung in Innenräumen nach draussen dringen; entsprechend ist der Standort der Beleuchtungsanlage unerheblich, sofern eine Leuchtwirkung im Aussenraum erzielt wird.*

*Die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für den Betrieb von beleuchteter Reklame und Dekoration ist auch ein Beitrag zur Energiewende: Die günstigste Energie ist diejenige, welche nicht verbraucht wird. Erneuerbare Energiequellen und Energieeffizienz müssen mit dem Verzicht auf unnötigen Energieverbrauch kombiniert werden, damit die Energiezukunft gelingt.*

*Es ist wichtig, dass diese Zusammenhänge für die Bevölkerung aufgezeigt und thematisiert werden. Ebenso gilt es, den gesellschaftlichen Gewinn an Lebensqualität aufzuzeigen, wenn der Zauber der Nacht wieder erlebbar wird.*

Muri bei Bern, 17. November 2020

Gabriele Siegenthaler Muinde

*P. Rösli, K. Jordi, H.U. Gujer, C. Klopstein, L. Lehni, G. Brenni,  
H. Beck, W. Thut, R. Lauper (10)*

#### **Motion forum:**

#### **Rollende Planung der GGR-Geschäfte**

***Der Gemeinderat wird beauftragt, für die GGR-Geschäfte eine rollende Planung zu entwickeln und diese den Mitgliedern in geeigneter Form zugänglich zu machen.***

*Bisher erhielten die Mitglieder des GGR mit der Sitzungseinladung jeweils die Traktanden für die nächste Sitzung. Darüber hinaus waren nur die Standard-Geschäfte Wahlen (Jan), Rechnung und Verwaltungsbericht (Mai) sowie Budget, Investitions- & Finanzplan (Oktober) bekannt.*

*Gemäss GGR-Geschäftsordnung erhalten die Mitglieder die Sitzungsunterlagen wenigstens 20 Tage vor dem GGR-Termin (Art. 3 Abs. 3). Diese Frist ist für komplexe Projekte und für die Entwicklung von fundierten Positionen in wichtigen Fragen nicht ausreichend.*

*Eine rollende Planung der GGR-Geschäfte, aus welcher bereits frühzeitig wichtige Traktanden ersichtlich sind, erlaubt es den Fraktionen, ihre Positionen bei Bedarf sorgfältig abzuklären, zusätzliche Informationen zu beschaffen und eine interne Meinungsbildung durchzuführen.*

*Der Aufwand für eine rollende Planung sollte sich in engen Grenzen halten. Die Gemeindeverwaltung führt wohl bereits heute eine Übersicht über kommende GGR-Geschäfte, welche als Grundlage für die beantragte rollende Planung verwendet werden kann.*

Muri bei Bern, 17. November 2020

Gabriele Siegenthaler Muinde

*W. Thut, P. Rösli, K. Jordi, H.U. Gujer, C. Klopstein, L. Lehni, G. Brenni,  
H. Beck, R. Lauper (10)*

**Motion forum:  
Qualität von Abstimmungsunterlagen**

**Der Gemeinderat wird beauftragt, die notwendigen Regelungen und Prozesse zu schaffen oder anzupassen, damit Abstimmungsunterlagen (Botschaften) für Gemeindevorlagen folgende Qualitätsmerkmale erfüllen:**

1. **Vollständigkeit**: Die Botschaft enthält den wesentlichen Inhalt einer Vorlage und stellt alle relevanten Rahmenbedingungen sowie Vor- und Nachteile objektiv dar. Dabei sind die Grundsätze der Vollständigkeit, Sachlichkeit, Transparenz und Verhältnismässigkeit zu beachten.
2. **Verständlichkeit**: Die Botschaft wird sprachlich so abgefasst, dass sie auch ohne Vorkenntnisse verständlich ist.
3. **Lesbarkeit**: Die Botschaft wird graphisch und drucktechnisch so aufbereitet, dass sie für möglichst alle Bevölkerungsgruppen lesbar ist. Dabei sind die Empfehlungen von einschlägigen Organisationen zu Schriftgrössen, Farbe/Kontrast, Papierqualität/Druck heranzuziehen.

Gute Abstimmungsunterlagen sind zentral für jede Demokratie. Je komplexer eine Vorlage, umso wichtiger ist die Qualität der Abstimmungsunterlagen. Die Abstimmungsunterlagen sind Teil der Informationspflicht der Behörden. Sie sind auch Ausdruck einer bürgernahen Verwaltung und fördern die Teilhabe der Stimmbevölkerung am politischen Entscheidprozess.

Soweit wir es überblicken, gibt es in den gesetzlichen Grundlagen der Gemeinde keine Bestimmungen für die Erarbeitung von Abstimmungsgrundlagen. Wir bitten den Gemeinderat deshalb, geeignete Regelungen und Prozesse zu schaffen (oder anzupassen), dass sich die Stimmbürger\*innen bei Gemeindevorlagen auf qualitativ gute Abstimmungsunterlagen stützen können.

In Bezug auf die Verständlichkeit ist - zumindest bei der Zusammenfassung- auf ein "einfaches" Deutsch zu achten (ohne Fachbegriffe) und je nachdem ist eine Visualisierung mit Bildern, Grafiken, Modellfotos etc. sinnvoll. Bei ortsplanerischen Vorhaben kann dies auch eine Information "vor Ort" sein.

Wichtig ist dabei nicht nur der Inhalt, sondern auch die Lesbarkeit. So nimmt etwa das Sehvermögen ab dem 70. Altersjahr graduell ab, auch wenn keine eigentliche Sehstörung vorliegt. Schnörkellose Schriften von mind. 12 pt sind dabei angezeigt, ebenso wie gute Kontraste (schwarz-weiss; roter Text "verschwindet" auf weissem Grund für Personen mit Seheinschränkung), was u.a. auch mit Papierwahl und Druck zu tun hat.

Dabei kann sich die Gemeinde von den Regelungen anderswo inspirieren lassen (siehe unten). Je nachdem sind aber auch neue Überlegungen angezeigt, z.B.

- Eine Professionalisierung der Informationsaufbereitung
- Die Möglichkeit, dass die Kommission für Abstimmungen und Wahlen als unvoreingenommene Leserschaft die Verständlichkeit und Klarheit der Abstimmungsunterlagen prüft.
- Dass Minderheiten im Parlament sowie Initiativ- und Referendums-Komitees eigene Formulierungen einreichen können.

*Beispiel Kőniz*

Redaktionskommission	<p><b>Art. 23<sup>5</sup></b></p> <p>1 Die Redaktionskommission bearbeitet Botschaften an die Stimmberechtigten (vgl. Art. 46 Abs. 2 und 3 und Art. 47).</p> <p>2 Sie besteht aus fünf Mitgliedern des Parlamentes. Das Präsidium und die Mitglieder werden vom Parlament jeweils für eine Legislatur gewählt; Wiederwahl ist möglich. Die erste Wahl erfolgt in der ersten Sitzung einer Legislaturperiode.</p> <p>3 Sie zieht zu ihren Beratungen eine Vertretung der zuständigen Direktion bei.</p>
Inhalt und Gestaltung	<p><b>Art. 46<sup>14</sup></b></p> <p>1 Botschaften sollen den wesentlichen Inhalt einer Vorlage umschreiben und deren Vor- und Nachteile objektiv wiedergeben. Es sind die zweckmässigen und der Vorlage angemessenen grafischen Gestaltungsmittel einzusetzen.</p> <p>2 Auf maximal einer eigenen Seite der Botschaft werden die Argumente der Initiativ- oder Referendumskomitees dargelegt, sofern diese entsprechende Vorschläge bis zum Ende der Parlamentssitzung schriftlich bei der Redaktionskommission einreichen. Die Redaktionskommission entscheidet über die Formulierung und Darstellung der Argumente endgültig.</p> <p>3 Auf maximal je einer Seite der Botschaft werden die Argumente der Befürworter und Gegner der Vorlage im Parlament verständlich dargestellt. Im Parlament geäusserte Vorschläge können bis spätestens ein Tag nach der Parlamentssitzung schriftlich der Redaktionskommission vorgelegt werden. Die Redaktionskommission entscheidet über die Formulierung und Darstellung der Argumente endgültig.</p> <p>4 In den Botschaften ist immer anzugeben, mit welchem Stimmenverhältnis das Parlament das Geschäft zur Annahme oder Ablehnung empfiehlt.</p>
Redaktionskommission	<p><b>Art. 47<sup>15</sup></b></p> <p>1 Das Parlament kann die Redaktionskommission beauftragen, zusätzlich zu den in Art. 46 Abs. 2 und 3 erwähnten Seiten weitere Teile der Botschaft oder die Stimmzettel nach der Behandlung im Parlament zu überarbeiten und endgültig festzulegen.</p> <p>2 Vom Parlament verabschiedete Anträge an die Stimmberechtigten sind von einer redaktionellen Überarbeitung ausgeschlossen.</p>

*Eidgenossenschaft: BG über die politischen Rechte (ergänzt durch detaillierte Regelungen für die Umsetzung)*

**Art. 10a**

- 1 Der Bundesrat informiert die Stimmberechtigten kontinuierlich über die eidgenössischen Abstimmungsvorlagen.
- 2 Er beachtet dabei die Grundsätze der Vollständigkeit, der Sachlichkeit, der Transparenz und der Verhältnismässigkeit.
- 3 Er legt die wichtigsten im parlamentarischen Entscheidungsprozess vertretenen Positionen dar.
- 4 Er vertritt keine von der Haltung der Bundesversammlung abweichende Abstimmungsempfehlung.

**Art. 11, Abs. 2**

2 Der Abstimmungsvorlage wird eine kurze, sachliche Erläuterung des Bundesrates beigegeben, die auch den Auffassungen wesentlicher Minderheiten Rechnung trägt. Die Abstimmungsvorlage muss den Wortlaut der auf dem Stimmzettel gestellten Fragen enthalten. Für Volksinitiativen und Referenden teilen die Urheberkomitees ihre Argumente dem Bundesrat mit; dieser berücksichtigt sie in seinen Abstimmungserläuterungen. Der Bundesrat kann ehrverletzende, krass wahrheitswidrige oder zu lange Äusserungen ändern oder zurückweisen. Verweise auf elektronische Quellen dürfen nur in die Abstimmungserläuterungen aufgenommen werden, wenn der Urheber der Verweise schriftlich erklärt, dass diese Quellen keine rechtswidrigen Inhalte enthalten und nicht zu elektronischen Publikationen rechtswidrigen Inhalts führen.

Beispiel Kanton Bern: Gesetz über die Politischen Rechte

**Art. 54 Abstimmungserläuterungen des Grossen Rates**

1 Die Abstimmungserläuterungen (Botschaft) werden vom zuständigen Organ des Grossen Rates nach dem in der Grossratsgesetzgebung festgelegten Verfahren beschlossen.

2 Sie sind kurz und sachlich zu halten und haben auch den Auffassungen wesentlicher Minderheiten Rechnung zu tragen.

3 Bei Initiativen und Referenden teilen das Initiativkomitee oder die Vertretung des Referendumsbegehrens ihren Standpunkt dem zuständigen Organ des Grossen Rates mit, das diesen in den Abstimmungserläuterungen berücksichtigt. Ehrverletzende, krass wahrheitswidrige oder zu lange Äusserungen können geändert oder zurückgewiesen werden.

Schweizerischer Blinden- und Sehbehindertenverband: Empfehlungen



Muri bei Bern, 17. November 2020



Gabriele Siegenthaler Muinde

W. Thut, P. Messerli, B. Häuselmann, P. Rösli, K. Jordi, H.U. Gujer, G. Brenni, H. Beck, (9)

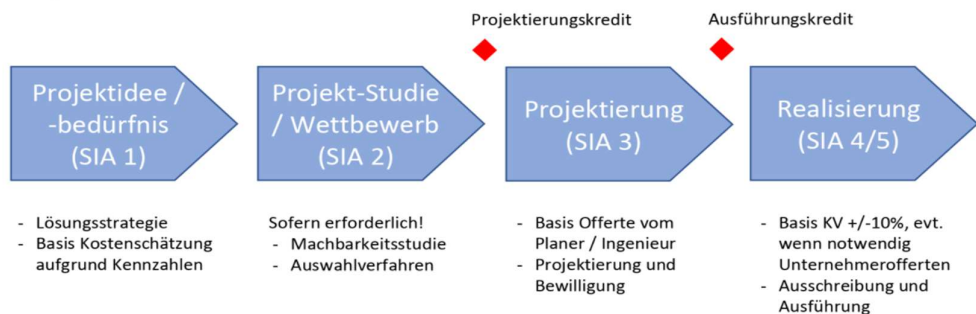
## Motion forum / EVP: Strategische Planungs- und Bauprojekte

*Der Gemeinderat wird beauftragt,*

- 1. den GGR für strategische Planungs- und Bauprojekte im Stadium der Analyse des Projektbedürfnisses (SIA 1) bzw. bei der Entwicklung der Projektidee zu konsultieren, damit die Rückmeldung des GGR in die Eckwerte für die weitere Planung einfließen kann.**
- 2. den GGR periodisch über die weitere Projektentwicklung (SIA 2) und insbesondere wichtige neue Erkenntnisse oder Änderungen zu informieren.**
- 3. dem GGR die Unterlagen für den Projektierungs- und Ausführungskredit mindestens 6 Wochen vor der GGR-Sitzung zur Kenntnis zu bringen.**

*Gemäss bisher geltenden Regeln, erhalten die Mitglieder des GGR - abgesehen von der Investitionssumme im Investitionsplan und allfälligen öffentlichen Mitwirkungsgelegenheiten - erstmals mit dem Antrag für einen Planungskredit detaillierte Kenntnis von einem beabsichtigten Planungs- oder Bauprojekt (sofern die Kosten über CHF 250'000 liegen) und ein zweites Mal mit dem Antrag für den Ausführungskredit (siehe rote Rhomben im Diagramm unten). Bei ortsplanerischen Geschäften werden dem GGR typischerweise die geplanten gesetzlichen Bestimmungen unterbreitet. Zu diesem für die gesamte Projektentwicklung eher späten Zeitpunkt sind die Abklärung von Projektidee /-bedürfnis bereits erfolgt, die Lösungsstrategie entschieden und je nachdem auch bereits eine Projekt-Studie oder ein Wettbewerb durchgeführt worden.*

### Projektverlauf



*In diesem Stadium sind konkrete Lösungen erarbeitet worden. Änderungen sind in dem Moment oft nur noch für Kleinigkeiten ohne Kostenfolgen und/oder Verzögerungen möglich. Für grundlegende Fragen und Änderung der Ausrichtung des Projekts ist es zu spät oder es fallen beträchtliche Zusatzkosten an. Zudem besteht oft ein erheblicher Zeitdruck für die Umsetzung, so dass vertiefte Nachfragen und die Prüfung von Alternativen schon aus diesen Gründen nur noch in Extremfällen möglich und erwünscht sind.*

*Als strategische Planungs- und Baugeschäfte zu verstehen sind*

- 1. die Entwicklung von ortsplanerischen Instrumenten (Masterplan, ZPP, ÜO etc.)*
- 2. gemeindeeigene Bauvorhaben, die ein finanzielles Volumen von CHF 2 Mio (bei Teilprojekten Summe der Teilprojekte) übersteigen oder aus anderen Gründen besonders wichtig sind. Darunter fallen beispielsweise grössere Sanierungen von Verwaltungsliegenschaften oder solchen aus dem Finanzvermögen, Neubauten oder die Vergabe von Gemeindeland im Baurecht.*

*Einige Beispiele aus der Gegenwart:*

- ZPP Lischenmoos, Rüti Süd, Gemeindehaus etc.
- Projektentwicklung Hochhaus Bahnhof Gümligen
- Gesamtwettbewerb Füllerich
- Sanierung Gemeindehaus
- Sanierung Schulen Seidenberg und Aeblit

Als "Eckwerte für die weitere Planung" werden z.B. verstanden: ein Entscheid zugunsten von Sanierung oder Neubau, den Auftrag an die Planer für die Ausarbeitung eines Projekts oder die Kriterien, welche in einem Wettbewerbsverfahren für die Beurteilung der eingereichten Arbeiten definiert werden.

Mit einer frühzeitigen Konsultation des Parlaments stellt der Gemeinderat sicher, dass das Parlament als Vertretung der Stimmbevölkerung die Analyse der Mängel/Bedürfnisse nachvollziehen und die Lösungsstrategie zustimmend oder mit Änderungswünschen zur Kenntnis nehmen kann. Resultat: Die Eckwerte für die weitere Projektentwicklung sind breiter abgestützt. Dank mehr Diskussion entstehen potentiell bessere Lösungen, unnötige Kosten und zeitliche Verzögerungen werden, im Interesse aller Beteiligten, vermieden.

Muri bei Bern, 17. November 2020

Gabriele Siegenthaler Muinde

P. Rösli, K. Jordi, H.U. Gujer, C. Klopstein, L. Lehni, G. Brenni, H. Beck, (8)

**Postulat forum betreffend  
Verkehrsmassnahmen besser und transparenter planen**

*Der Gemeinderat wird gebeten,*

- 1. eine punktuelle Mitwirkung der Bevölkerung und eine frühzeitige sowie transparente Kommunikation bei der Planung und Umsetzung von Verkehrsmassnahmen zu prüfen (PROZESS)**
- 2. Die Entwicklung von Standard-Lösungen für häufige Verkehrsmassnahmen zu prüfen, damit in Muri-Gümligen einheitliche, wirksame und nachhaltige Lösungen umgesetzt werden (STANDARDS).**

Neben zahlreichen gut kommunizierten Verkehrsmassnahmen (z.B. Kirchenmauer Thunstrasse), haben Verkehrsmassnahmen im Strassenraum in der Vergangenheit auch mehrmals für Unmut und hitzige Diskussionen in den unmittelbar betroffenen Bevölkerungskreisen gesorgt. In anderen Fällen wurden Verkehrsmassnahmen innert relativ kurzer Zeit wieder rückgängig gemacht, mit entsprechender Kostenfolge.

*Einige Beispiele:*

- Fehlende Vorabinformation über die Entfernung von Fussgängerstreifen in verschiedenen Quartieren, über die Umgestaltung von Strasseninseln mit Steinen als Grundlage für die Entwicklung von Biodiversitätsflächen, über die Lenkung des Baustellenverkehrs im Zusammenhang mit der Grossbaustelle Riedacher II.



- *Scheinbar nicht durchdachte Lösungen wie das Aufmalen und Entfernen von roten Quadraten im Mettlenquartier, das Pflanzen und spätere Entfernen einer Verkehrsinsel mit Baum im Mettlenquartier (wegen ungenügendem Fahrradius), die Gestaltung eines Fussgängerstreifens mit Steinbelag und dessen Ersatz mit gelben Streifen wegen zu grossem Lärm.*

### **Ausgangslage**

*Die Planung und Umsetzung von Verkehrsmassnahmen ist nur in seltenen Fällen baubewilligungspflichtig und untersteht somit meist keiner Publikationspflicht.*

*Auf dem Gemeindegebiet werden unterschiedlichste Formen von Verkehrsmassnahmen umgesetzt, nicht alle sind optimal geplant bzw. erweisen sich im Betrieb als unangemessen und müssen nachträglich ersetzt werden.*

*Die Gemeindeverwaltung praktiziert den Einbezug der Bevölkerung bisher mittels sog. "IG Verkehr" in den Quartieren. Die Freiwilligen - meist aus den Kreisen des Quartiervereins - stellen sich verdankenswerterweise für diese Aufgabe zur Verfügung.*

*Die Bevölkerung interessiert sich sehr stark für Verkehrsmassnahmen.*

### **Problemfelder**

*Das bisherige Vorgehen bietet Optimierungspotenzial. Suboptimal sind insbesondere: Lösungsansätze, die nicht nachhaltig sind, u.a. weil Wissen und Wünsche der Bevölkerung nicht einfließen. Dadurch entstehen unnötige Kosten. Das Erscheinungsbild der Verkehrsmassnahmen auf Gemeindegebiet ist sehr heterogen und oft "lieblos", für die gleiche Problematik werden ganz unterschiedliche Lösungen installiert. Die gewählten Lösungen haben oft widersprüchliche Effekte, z.B. wenn Hindernisse zur Verlangsamung des motorisierten Verkehrs zu Unfallgefahren für Velofahrer werden. Es wird eher einseitig auf bauliche Lösungen gesetzt, der Strassenraum wird immer "voller" mit verschiedenen Verkehrslenkungsinstallationen. Sinnvoll wäre auch die Suche nach smarten Lösungen, wie die Sicherheit für schwächere Verkehrsteilnehmer (Velofahrer, Fussgänger, Kinder, Tiere) mit einem möglichst flüssigen, ökonomischen Verkehr vereinbar sein könnten. Wobei flüssig nicht mit schnell gleichzusetzen ist. Das Abholen der Bevölkerung wird von der Verwaltung an die Quartier-Verkehrskommissionen "abgeschoben". Dieser Kanal ist angesichts der veränderten Lebensgewohnheiten nicht mehr gleich geeignet zur "Abholung" der Bevölkerung. Die Bürger\*innen fühlen sich von der Gemeindeverwaltung nicht ernst genommen.*



*Links: Der Treppenaufgang wurden mit orangen Pfosten gesichert, die schlussendlich wieder entfernt werden mussten. Kosten?*

*Mitte: Ursprünglich ein "normaler" Fussgängerstreifen, dann vollständig entfernt und schlussendlich wieder aufgemalt, neu zusätzlich versehen mit einer "Insel". Resultat: 1 Auto und 1 Velo können nicht mehr gleichzeitig queren.*

*Rechts: Entfertner Fussgängerstreifen, neu ersetzt durch Steininseln in einer wenig übersichtlichen Kurve. Resultat: Unfallgefahr erheblich gestiegen.*

### **Ansätze zur Verbesserung**

*Eine transparentere Information und der punktuelle Einbezug der Bevölkerung sowie das Erarbeiten von nicht nur baulichen Standardlösungen für häufige Verkehrsmassnahmen bieten verschiedene Vorteile: Vermeiden von unnötigen Kosten, ansprechende Gestaltung der Strassenräume, mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden, bessere Akzeptanz der Massnahmen. Deshalb wird der Gemeinderat gebeten, folgende Verbesserungsansätze zu prüfen:*

#### **PROZESS:**

*Zur Ergänzung der bestehenden "IG Verkehr":*

- 1. Eine zu definierende punktuelle "Mitwirkung" der Bevölkerung bei der Planung von neuen Verkehrsmassnahmen.*
- 2. Eine proaktive und transparente Information über neue Verkehrsmassnahmen in den Lokal-Nachrichten.*
- 3. Ein Angebot zur Mitwirkung / Information aufgrund von elektronischen Mailing Listen: die interessierte Quartierbevölkerung kann so direkt über geplante Verkehrsmassnahmen informiert und/oder zur Mitwirkung eingeladen werden (dies im Zusammenhang mit der geplanten Überarbeitung der Gemeinde-Webseite).*
- 4. Die "Mitwirkungsbeiträge" aus der Bevölkerung könnten z.B. von der IG Verkehr gesichtet und verdichtet werden. Dadurch kann die IG auf eine breitere Meinungsbasis abstellen.*

#### **STANDARDS:**

- 1. Evaluation der bisher getroffenen Verkehrsmassnahmen entlang folgender Kriterien: Welches Ziel wurde mit der Massnahme angestrebt, wie wirksam ist die Massnahme gemessen am angestrebten Ziel (Wirksamkeit), sind unerwartete negative Folgen zu verzeichnen, wie steht es um die finanzielle Nachhaltigkeit (Kosten, Lebensdauer, gut-durchdachte Lösungen etc.), ökologische Nachhaltigkeit (Materialien, Entsorgung, Versickerung, ökologische Bepflanzung etc.), soziale Nachhaltigkeit (Akzeptanz, gestalterische Qualität etc.)?*
- 2. Sammeln und Sichten von guten Beispiele von anderswo; neue, auch smarte Lösungen entwickeln.*
- 3. Zusammenstellen der besten Lösungen und Beurteilung gemäss Kriterien unter (1). Mitwirkung der Bevölkerung bei der Beurteilung (soziale Nachhaltigkeit sicherstellen).*
- 4. Ev. Durchführen von Pilotversuchen.*
- 5. Festlegen von Standardlösungen für zukünftige Verkehrsmassnahmen.*

6. *Wo möglich und sinnvoll, Ersatz oder Ergänzung der bestehenden Verkehrsmassnahmen mit den neuen Lösungen.*

Muri bei Bern, 17. November 2020

Bernhard Häuselmann

G. Siegenthaler Muinde, K. Jordi, H. U. Gujer, C. Klopstein, L. Lehni, G. Brenni, H. Beck, P. Rösli (9)

**Interpellation Siegenthaler Muinde, (forum):  
Corona und die Rolle des Gemeinderats**

**Wie versteht der Gemeinderat seine Rolle angesichts der andauernden Corona-Pandemie und ihrer gesellschaftlichen Auswirkungen? Gedenkt der Gemeinderat eine aktive Rolle zugunsten von Bevölkerung und "Lokaler Wirtschaft" zu spielen und gegebenenfalls Massnahmen mit einer (bescheidenen) Finanzierung zu ermöglichen?**

*Lock-Down, Maskenpflicht, Reduktion der Kund\*innen, Quarantäne, Selbstisolation, freiwillige Isolation ... Sehr viele Menschen sind verunsichert, machen sich Sorgen, fühlen sich isoliert, frustriert. Manche bangen um ihre Stelle, die Zukunftsaussichten sind ungewiss geworden. Für viele kundenorientierte Betriebe, Dienstleistende und Selbständigerwerbende ist dies eine schwierige Zeit.*

*Ausserordentliche Zeiten erfordern ausserordentliche und vielleicht neue Ansätze und Ideen. Die Gemeinde hat einen eigenen Handlungsspielraum, ausserhalb der Kompetenzen von Bund und Kantonen. Wie sieht der Gemeinderat seine Rolle in der aktuellen Krisensituation und inwiefern plant er, seinen Handlungsspielraum auszuloten bzw. zu nutzen und die Bevölkerung in dieser schwierigen Zeit möglichst gut zu begleiten/unterstützen?*

\*"

*Lokale Wirtschaft" wird verstanden i.S. des Begriffs Lokale Ökonomie: Der Begriff meint die Gesamtheit aller (wirtschaftlichen) Aktivitäten, die sich auf die Entwicklung eines Ortes beziehen. (...) Die Wirtschaftseinheit, setzt sich aus der Bevölkerungsgruppe oder auch dem Gemeinwesen eines Ortes (Soziale Dimension), einer natürlichen Umgebung (Ökologische Dimension) und einer spezifischen Tradition und Geschichte (Kulturelle Dimension) zusammen. Bei Betrachtung der Wirtschaftseinheit wird neben der formellen auch die informelle Wirtschaft im Raumbezug berücksichtigt. Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Lokale\\_%C3%96konomie](https://de.wikipedia.org/wiki/Lokale_%C3%96konomie)*

Muri bei Bern, 17. November 2020

Gabriele Siegenthaler Muinde

B. Häuselmann, K. Jordi, H.U. Gujer, G. Brenni, L. Hennache, H. Beck, (7)

**Interpellation (forum):  
Gemeindeeigene Parzellen**

*Die Unterzeichnenden bitten den Gemeinderat folgende Fragen zu beantworten:*

- *Wieviele eigene Parzellen hat die Gemeinde?*
- *Wo befinden sich die einzelnen Parzellen?*
- *Wie viele der eigenen Parzellen sind im Baurecht an Dritte vergeben?*
- *Wo befinden sich die einzelnen Parzellen im Baurecht?*
- *Zu welchem Zeitpunkt und zu welchen Bedingungen steht pro Parzelle im Baurecht der Heimfall an?*

**Begründung**

*Die Gemeinde Muri kann über Zonen mit Planungspflicht primär den Rahmen für die Planung setzen. Soweit die Gemeinde Muri nicht massgebliche Grundeigentümerin ist, bleibt die weitere Umsetzung stark abhängig von der individuellen Planung der Grundeigentümer und kann sich bei heterogenen Eigentums-Strukturen und Eigentümer-Interessen über einen langen Zeithorizont erstrecken.*

*Die politische Stimmung in der Gemeinde wirkt sich negativ auf die Ortsplanung und die Ausarbeitung von komplexen ZPP's aus.*

*Die Gemeinde Muri verfügt über ein umfangreiches Portefeuille an Grundeigentum.*

*Die Gemeinde Muri kann auf ihren eigenen Parzellen neue raumplanerische Impulse und bauliche Akzente grundsätzlich rasch und direkt umsetzen.*

*Gemeinderat und Parlament sollen den Spielraum für raumplanerische Impulse und bauliche Akzente auf den eigenen Parzellen kennen und auf dieser Basis neue Ansätze für die Ortsplanung erarbeiten können.*

*Muri bei Bern, 17. November 2020*

*Bernhard Häuselmann*

*K. Jordi, H.U. Gujer, C. Klopstein, L. Lehni, G. Brenni, H. Beck, W. Thut,  
P. Rösli (9)*

**Interpellation Messerli Patricia (forum) Herren Jennifer (SVP):  
Sanierung der Schulliegenschaften**

*In der nächsten Legislatur stehen mehrere Grossinvestitionen an, darunter die Gesamt-sanierung der Schulanlage Melchenbühl sowie die Gesamt-sanierung und Erweiterung der Schulanlage Seidenberg.*

*Wir bitten den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:*

1. *Was ist der Stand dieser beiden Bauprojekte?*
2. *Wie sieht der Zeitplan für diese beiden Projekte aus? Uns interessiert insbesondere wann die Botschaften dem Parlament vorgelegt werden, wann eine allfällige Abstimmung geplant ist und wie der reguläre Schulbetrieb mit den geplanten Bauprojekten vereinbar ist.*

Muri bei Bern, 17. November 2020

Patricia Messerli  
Jennifer Herren

*R. Mäder, Ch. Spycher, J. Aebersold, G. Brenni, A. von Gunten, R. Buff,  
R. Lauper, W. Thut, P. Rösli, H. U. Gujer, G. Siegenthaler Muinde,  
B. Häuselmann, K. Jordi, L. Lehni, C. Klopstein, Ch. Grubwinkler, R. Lütolf (19)*

**Mitteilungen**

Mitteilungen aus dem Rat:

Die Vorsitzende: Gerne informiere ich Euch darüber, dass die Sitzungen von Januar, Februar und März weiterhin in der Mooshalle stattfinden werden.

Nun kommen wir zu den Verabschiedungen aller Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie der beiden Gemeinderätinnen, die heute ihre letzte Sitzung haben.

*Carole Klopstein (Grüne): Es ist unglaublich, wie schnell die Zeit vergeht. Noch nicht vor allzu langer Zeit – kann ich ganz ehrlich gestehen – habe ich vielleicht zwei oder drei Namen gekannt hier, zwei davon waren Annik und Laura. Es ist umso schöner, dass ich hier vor Euch stehen darf, dass Gino hier ist für Annik, und er dort voller Elan ihren Sitz übernommen hat. Im Namen der ganzen Partei, aber auch ich persönlich, möchte Euch beiden ganz herzlich danken für die tolle Zeit, welche wir hier hatten. Ich glaube, bei uns war es wirklich so: Des einen Stärken waren des anderen Schwächen. Wir haben uns dort sehr gut ergänzt.*

*Liebe Laura: Ich weiss noch haargenau, als wir diese Fotos geschossen haben für diese Wahlen. Damals warst Du noch nicht so ganz überzeugt, ob Du dann wirklich ins Parlament kommen wirst oder nicht. Die Überraschung war sehr gross, als wir gerade auf Anhieb diese drei Sitze gewonnen haben. Ich finde es immer noch wahnsinnig bewundernswert, dass eine damals 18jährige, junge Frau, welche voll am Durchstarten ist im Leben, und eigentlich so viele andere Sachen im Kopf, sich dazu entschieden hat, diese Verantwortung wahrzunehmen, und ihre Altersgruppe hier in diesem Parlament für 4 Jahre zu repräsentieren. Du hast ohne zu zögern angenommen, dies möchte ich hier auch noch betonen, dies stand ausser Frage. Du hast Dich diesen Aufgaben angenommen und in den letzten 4 Jahren sowohl der Partei wie auch der Fraktion mit Deiner besonnenen und ruhigen Art den Rücken gedeckt. Ich hoffe, dass Du die Zeit hier im Parlament auch so wertvoll empfindest und sie Dir noch ganz viele Chancen eröffnet auf Deinem zukünftigen Weg.*

*Lieber Gino: Ich weiss, Du hättest so gerne auf Anhieb gewählt werden wollen. Ich war auch ein wenig traurig, als dies nicht geklappt hat vor 4 Jahren. Und umso schöner ist, dass Du nun hier mit uns in dieser Runde sitzen darfst. Du hast extrem viel für die Partei geleistet, nur dank Dir*

konnten wir auch diese Sitze gewinnen vor 4 Jahren. Dies ist natürlich auch eine Folgeursache darauf, dass wir nun dieses Jahr einen solchen Wahlerfolg gehabt haben. Du bist ein Mensch, welcher die Sachen beim Namen nennt, dies schätze ich sehr, und Du bist Deinen Prinzipien hier im Parlament immer treu geblieben. Deine Voten hast Du mit viel Elan und Leidenschaft gehalten, und Du hast auch weniger populäre Meinungen und Themen angetönt. Ich hoffe ganz fest, dass Du Dich auch weiterhin so einsetzen wirst für Deine Anliegen. Wir hoffen auch, dass Du Dich nun voll und ganz den Einsätzen des Natur- und Vogelschutzvereines widmen kannst, hoffentlich Deinem zukünftigen Schrebergarten, und dass Du dort etwas schneller die Früchte Deiner Arbeit siehst als hier im Parlament. Ich wünsche Dir ganz viele positive Gedanken, und ich möchte Euch beiden noch einmal ganz herzlich danken für die gemeinsame Zeit (ein Präsent wird an Laura und Gino überreicht).

Laura Lehni (Grüne): Wie Ihr ja wisst, verlässt unsere gesamte Fraktion den Grossen Gemeinderat – somit auch Carole. Sie hat sich in diesen letzten 4 Jahren wirklich mit Herzblut für unsere Partei und insbesondere unsere Fraktion hier im GGR engagiert. Im Namen der ganzen Fraktion – und auch von mir und Gino – möchten wir Dir dafür ganz herzlich danken. Dein Engagement hat sich für Dich nun auch ausgezahlt. Wir dürfen Dich zwar vom GGR verabschieden, damit Du aber ab Januar hier vorne im Kleinen Gemeinderat willkommen geheissen wirst. Wir gratulieren Dir nochmals ganz herzlich zu Deiner fantastischen Wahl und wünschen Dir nur das Beste für Deine Amtszeit. Ein kleines Präsent, das Grüntee-Verteilen hat uns bei den ersten Wahlen Glück gebracht, Dir bei den zweiten auch, und deshalb hoffe ich, dass er Dir auch weiterhin alles Gute bringen wird.

Joe Brunner (SP): Ich verabschiede unsere SP-Mitglieder, welche aus dem Amt austreten: Daniela Pedinelli als Gemeinderätin, Dominique Ruta, Lamy Hennache und Andreas Kohler als Mitglieder des GGR.

Liebe Daniela: Zum Wohle unserer Gemeinde hast du Dich viele Jahre intensiv politisch engagiert. Angefangen hast Du vor sage und schreibe 16 Jahren als Mitglied der Schulkommission, in welcher Du von 2004 bis 2007 tätig gewesen bist. Als Mitglied und dann als Vizepräsidentin hast Du 2007 in der GPK gewirkt. Von 2005 bis 2007 hast Du dir im GGR als Kämpferin für ein soziales und ökologisches Muri-Gümligen einen Namen gemacht. Seit 2008 bist Du im GR und hast ihm während 13 Jahren Deinen Stempel aufgedrückt. Im ersten Jahr bist Du für Barbara Ritschard «nachgerutscht», und anschliessend hast Du drei volle Legislaturen lang im GR mitgewirkt!

Dein Leistungsausweis ist beeindruckend: Bereits in Deinem ersten Amtsjahr hast Du die Kulturlegi in unserer Gemeinde eingeführt. Danach folgte im Ressort Bildung die Einleitung einer Schulreform, die zur heutigen Organisation führte. Ebenfalls auf Dein Wirken im Ressort Bildung zurückzuführen sind die Eröffnung von drei neuen Tagesschulen sowie die Einführung einer Ferienbetreuung für Schulkinder. Schliesslich hast Du im Ressort Umwelt und Energie alles darangesetzt, das Energiestadt-Label für Muri-Gümligen zu gewinnen, was Dir – inzwischen bereits nach erfolgreicher Rezertifizierung – auch gelungen ist.

Sagt man Danke, verbindet man das gerne mit einem kleinen Präsent. Als SP-Mitglied denkt man zuerst an eine leuchtend rote Rose. Als Kunstmaler kann ich aber ein persönlich gestaltetes Geschenk überreichen, ein Bild. Rot ist in unserer Gemeinde nicht gerade die dominierende Farbe, dennoch eine wichtige Grösse. Dein engagierter, politischer Einsatz ist mit den schwungvollen Rundbewegungen symbolisiert, durchzogen mit Linien, die an die bewegten und härteren Auseinandersetzungen erinnern. Das Logo Energiestadt, Dein wohl nachhaltigster Erfolg, muss selbstverständlich mit ins Bild. Der Text umfasst Deinen Namen, Deine politischen Tätigkeiten und den Dank der SP.

Wir wünschen Dir eine gesunde und glückliche Zukunft und hoffen auf Deine weitere Mitarbeit in der Partei, um von Deinen reichen Erfahrungen profitieren zu können.

Herzlichen Dank, liebe Daniela!

Daniela Pedinelli (GR): Vielen herzlichen Dank unserem charmanten SP-Fraktionspräsidenten. Ich möchte die Gelegenheit ergreifen und Euch allen ganz herzlich danken. Dieses Bild freut mich extrem, und es hat neben diesen Vorteilen, welche Joe gerade erwähnt hat, noch einen

weiteren Vorteil, da ich so vergesslich bin, werde ich mich wenigstens immer, wenn ich es anschau, an meinen Vornamen erinnern. Ich wünsche Euch allen persönlich, beruflich und auch politisch alles Gute! Vielen, vielen Dank!

Joe Brunner (SP): Liebe Lamya und liebe Dominique: Eure Mitarbeit im GGR dauerte eine kürzere Zeit. Dominique, Du hast während 12 Jahren, von 2009 bis 2020 in der Baukommission Dein Fachwissen als Architektin eingebracht. Euer Engagement und Mitdenken, aber auch Eure Herzlichkeit haben wir in der Fraktion sehr geschätzt. Vielen Dank! Für Euch habe ich ein stilisiertes Blumensträusschen gemalt. Eins ist sicher: Auch ausserhalb des GGR wird Euch nicht langweilig werden. Lamya, Dir wünschen wir viel Freude und Kraft bei Deiner neuen beruflichen Herausforderung, und Dir, Dominique, weiterhin viel Befriedigung bei den ehrenamtlichen Aufgaben, welche Du immer wieder zum Wohle der Schwächeren übernimmst. Andreas Kohler ist entschuldigt, ist nicht anwesend. Ich möchte dennoch ein paar Worte sagen und das Bild zeigen, welches ich für ihn gemalt habe.

Lieber Ändu: Auch Dir gehört ein Bild zum Abschied. Es zeigt unter anderem den reissenden Fluss von einigen GGR-Debatten, die Du als Präsident cool in stillere Gewässer geleitet hast. Herzlichen Dank für Deinen Einsatz. Für die Zukunft wünschen wir Dir alles Gute und natürlich viel Freude beim Verwirklichen Deiner Projekte.

Walter Thut (forum): Wir haben nach Anne-Claude Slongo an der letzten Sitzung des GGR heute eine weitere Verabschiedung aus der Fraktion zu machen. Diese Person ist allerdings putzmunter, um es etwas salopp zu sagen und bleibt, obwohl sie weggeht, unter uns: Es ist Gabriele Siegenthaler, welche aus dem GGR in den GR wechselt.

Danke, Gabriele, für Deine Zeit und Dein Engagement im forum zwischen Anfang 2014 bis heute. Du hast in und um die Fraktion vieles initiiert, am "Chare" gezogen und gestossen, und überall bewegt, wo es möglich war, immer durchgehalten bis zum Schluss und warst die Letzte gewesen, die in einer Sache, zu der man einmal ja gesagt hat, wegen Widerständen oder höheren Hürden als erwartet, den Kopf in den Sand gesteckt hättest. Du hast immer schneller als andere gesehen, wo man hinschauen soll und warst stets klar und direkt. Dass Du aber auch die feine Klinge zu führen verstehst, hast du zuletzt hier an einer GGR-Sitzung gezeigt, als Du frei, mit viel Empathie für die Personen, welche es betroffen hat, und auch für die Sache das Richtige gesagt hast.

Es wäre für uns in der Fraktion natürlich das Bequemste, wenn Du dort bleiben würdest, wo Du jetzt bist. Aber es ist richtig und wichtig, dass Du jetzt weiterziehst. Wir nehmen Dich zum Vorbild für die Weiterarbeit und versuchen, Deine Fussstapfen halbwegs auszufüllen. Wir wünschen Dir, Gabriele, alles Gute bei Deinem Wirken im GR. Nach den Wahlen von diesem Herbst wird es Dir in diesem Gremium sicher noch besser gefallen, und wir denken, dass die Erfolge Deiner politischen Arbeit nur so vom Himmel purzeln. Danke und alles Gute!

Reto Lauper (SVP): Heute ist die letzte Sitzung von unserem Jüre, Jürg Aebersold. Es ist nicht die letzte Sitzung, weil er nicht mehr möchte, sondern weil er nicht mehr darf. 15 Jahre lang ist er nun bei uns in diesem Parlament gewesen und hat nun wirklich etwas mehr Freizeit zugute. 15 Jahre, das heisst, 01.01.2006 angefangen während einer laufenden Legislatur und dann noch drei komplette Legislaturen durchgemacht. Es ist wirklich fast die maximalste Dauer, welche man hier machen kann. 15 Jahre, in welchen Du Dich für diese Gemeinde eingesetzt hast, so manchen Abend, so manche Besprechung, so manche Sitzung hast Du gehabt für die Gemeinde, für Deine Partei. Als Du hier angefangen hast, war der jüngste Kandidat der jetzigen Wahlen erst 4 Jahre alt, dies ist schon einen Moment her. Du warst nicht nur im Parlament 15 Jahre, Du warst auch 12 Jahre in der Schulkommission, auch dort die maximale Dauer. Wir haben vorhin gerade darüber gescherzt, vielleicht kommst Du ja in 4 Jahren wieder, das werden wir sehen. Geniesse jetzt einmal die freie Zeit. Mit Dir, Jüre, hört heute nicht nur ein extremst verdienstvoller Parlamentarier auf, Du bist auch jemand, welcher seit 60 Jahren in dieser Gemeinde wohnt und verwurzelt ist. Ein Macher, ein Praktiker, einer, welcher täglich hart und viel arbeitet und dadurch auch wirkliche und wertvolle Lebenserfahrung mitbringt. Erfahrung, welche für ein lokales Parlament, welches wir sind, wirklich extrem wichtig und vorteilhaft ist. Immer ruhig, sachlich, aufgestellt, aufgeschlossen und eigentlich nie für einen flotten Spruch oder Spass

zu verlegen. Wir durften auch schon zusammen ein Bauprojekt realisieren. Ich habe gerade das Foto vom Spatenstich dieser grossen Holzhalle, in welcher die Busse eingestellt sind und die Sammelstelle darin ist, angeschaut. Wir stehen nebeneinander, dies war Zufall, Thomas war auch anwesend. Vielleicht gibt es ja wieder einmal ein Bauprojekt, welches wir zusammen machen können, ausser die Kernbohrungen, welche wir immer zusammen machen. Im Namen der Partei und sicher vom ganzen Parlamentsbetrieb MERCI VIELMAL, Jüre, für all Deine Einsätze, für alles, was Du hier gemacht hast. Alles Gute, vor allem gute Gesundheit! (Ein Geschenk wird überreicht.)

Jürg Aebersold (SVP): Merci Reto, für diese Worte. Ich wusste gar nicht, dass ich so lange dabei war, ich wusste, es war eine Zeit lang, aber dass es gerade 15 Jahre ist, dies ist eine lange Zeit. Ich habe eine schöne Zeit gehabt, schöne Schulkommissionssitzungen gehabt, dies war eine wunderbare Zeit, diese möchte ich überhaupt nicht missen. Was ich in der letzten Zeit gehabt habe, ich habe eine Krankheit aufgelesen, die habe ich jetzt im Griff. Eine Zeit lang hatte sie mich im Griff, ich war stärker und man kann sagen, ich habe sie besiegt. Dies war auch ein Grund, weshalb es bei mir etwas nach unten ging, dann kam dieser Virus, welcher uns alle betrifft, welcher nicht angenehm ist, auch weil ich auf einmal ein Risikopatient geworden bin. In den letzten Jahren hat sich auch viel geändert hier in der Gemeinde, hier drin hat sich viel geändert, wo ich auch Mühe bekommen habe mit der Zeit. Wenn ich heute wieder geschaut habe, "Exgüse", ich will Euch nicht weh tun. 9 Sachen sind eingegeben worden und die, welche nun im neuen Parlament sind, müssen an diesen Sachen arbeiten, Antwort geben. Dies ist einfach wahnsinnig, ich begreife dies nicht. Aber dies ist einfach so, wir haben junge Leute hier drin, da sind andere Ideen. Aber ich kann dort einfach nicht mehr an allen Orten mithelfen. Deshalb merci vielmal, dass ich hier sein durfte, es war gut! Merci, Christa, für Deine Geschenke, welche Du gemacht hast, ich wäre gerne mit Dir im YB-Stadion gewesen, aber dies werden wir sicher nächstes Jahr nachholen oder beim SCB. Merci vielmal! Allen anderen, welche neu gewählt worden, resp. wiedergewählt worden sind, viel Glück, "habet Sorg", "habet Sorg zu Muri"!

Emanuel Zloczower (FDP): Carole hat es gesagt – es ist fast nicht zu glauben, dass wir bereits am Ende der Legislatur sind. Die Zeit ist wirklich wie im Flug vergangen, und deshalb habe ich die traurige Pflicht, hier zwei wohlverdiente Fraktionsmitglieder und ein GR-Mitglied in absentia zu verabschieden. Frau Präsidentin des GGR: Du hättest Dir Dein Jahr als Präsidentin anders vorgestellt. Nach drei vollen Legislaturen im GGR, zuerst im Freisinn und dann für die "Alten" – Entschuldigung, wenn ich dies so sage – der FDP, bist Du nun der Altersguillotine zum Opfer gefallen. Gerne wärst Du in diesem Jahr wesentlich aktiver gewesen, ich weiss das. Du hättest gerne einen Parlamentsausflug organisiert, Du hättest gerne mehr Sitzungen organisiert. Dies ist anders gekommen, der Virus hat Dir einen Strich durch die Rechnung gemacht. Aber, ich glaube, dieses Jahr wird uns allen dafür umso mehr in Erinnerung bleiben. Ich bin froh, verlieren wir Dich nur hier im Parlament aber nicht als Liberale, da bleibst Du uns erhalten und wirst uns auch weiterhin unterstützen, tatkräftig, wie Du dies immer gemacht hast. Merci vielmal!

Ich gehe gleich weiter, wie ich es gelernt habe, mit den Frauen. Ich möchte trotzdem auch über Barbara in absentia etwas sagen. Es sind rund 1'002 Baugesuche, 123 Projektänderungen und 100 Voranfragen und sie war mitverantwortlich für unzählige Liegenschaftssanierungen, oft übrigens unter Budget. Das der Palmarès von Barbara Künzi während ihren 9 Jahren als Ressortvorsteherin Bau. Es tut mir leid, sie zu verabschieden. Die Sitzungen in der Baukommission waren immer spannend mit ihr. Barbara hat die Sitzungen hervorragend vorbereitet, umsichtig geleitet und manchmal dezidiert geführt. Ich habe viel gelernt bei diesen Sitzungen und hoffe sehr, dass Barbara uns Liberalen auch weiterhin mit Rat und Tat zur Verfügung stehen wird.

Und jetzt – last but not least – zu Dir, Andrea: Auch von Dir müssen wir uns leider nun verabschieden, auch infolge der Altersguillotine. Du hast auch drei volle Legislaturen durchgedient im GGR, aber auch als Mitglied der Sportkommission und als Mitglied der Regionalkommission. Du schaffst es immer wieder, mit Deinen klaren Voten, mit Deinem messerscharfen Verstand, aufzuzeigen aus unserer liberalen Sicht, um was es eigentlich geht. Auf Dich ist Verlass. Es scheint, als würde Dich nichts aus der Ruhe bringen. Du hast uns in der



*Fraktion, aber auch dem Parlament, unheimlich gutgetan, und auch bei Dir hoffe ich sehr, dass Du uns weiterhin zur Verfügung stehen wirst und nicht einfach von der Bildfläche verschwindest. Merci vielmal allen drei! Merci vielmal allen anderen, welche heute aufhören. Und Merci denen, welche weiterfahren und in die nächste spannende Legislatur kommen werden. Merci vielmal!*

Thomas Hanke (GR): *Wir stehen heute am Ende einer ereignisreichen Legislatur und das auch – wir haben es gehört – in einer bewegten Zeit.*

*Etwas mehr als ein Viertel von Euch wird nächstes Jahr nicht mehr im Parlament sein. Und wegen den bewegten Zeiten gibt es für mich, ausser heute Abend, kaum noch eine Möglichkeit, Euch im direkten Kontakt für Euer Engagement für die Gemeinde zu danken und dies ist mir doch ein grosses Anliegen.*

*Den eigentlichen Legislatur-Rückblick werden wir im nächsten Jahr zusammen mit den neuen Legislaturzielen dem Parlament vorlegen.*

*Aber an dieser Stelle darf ich verraten, dass der Grosse Gemeinderat in den vergangenen 4 Jahren insgesamt 32-mal getagt und insgesamt 225 Geschäfte behandelt hat. Dies entspricht einem Durchschnitt von 7 Traktanden pro Sitzung. Solche Hypes an parlamentarischen Vorstössen wie heute Abend nicht eingerechnet.*

*In diesen Sitzungen konnten wir gemeinsam viel bewirken und gestalten und dafür möchte ich Euch auch im Namen des Gemeinderats danken und als kleines Merci habt Ihr einen Muri-Gümligen-Sack bekommen.*

*Besten Dank und bleibt gesund!*

Christa Grubwinkler: *Vielleicht wisst Ihr es nicht mehr – ich habe meine Antrittsrede mit einem Zitat angefangen, deshalb werde ich auch meine Schlussrede mit einem Zitat beginnen:*

*"Was wir wissen, ist ein Tropfen, was wir nicht wissen, ein Ozean." Isaac Newton*

*Emanuel hat es bereits erwähnt – Ihr könnt Euch vorstellen, ich habe mir mein Jahr als Parlamentspräsidentin definitiv anders vorgestellt. Wie oft musste ich im Vorfeld unserer Parlamentssitzungen mit der Gemeinde schauen, wie wir vorgehen wollen, ob wir überhaupt tagen dürfen, sind unsere Traktanden genug wichtig, dass wir tagen dürfen, sind alle Schutzmassnahmen gewährleistet, wird niemand gefährdet, wenn wir diese Sitzung durchführen. Dann ist auch noch das Ende einer Legislatur, und dies möchte man eigentlich auch noch etwas feiern dürfen. Fragen über Fragen, welche uns beschäftigt haben. Wir befinden uns nun aber in einer nicht ganz einfachen Zeit, und wir müssen dies auch akzeptieren und das Beste daraus machen. Die ganze Welt muss sich mit diesem Virus auseinandersetzen, wir wissen nicht, was noch alles kommt aufgrund von COVID-19. Ich wünsche uns allen den nötigen Respekt vor diesem Virus, aber auch die Hoffnung, dass wir in nicht allzu weiter Ferne mit diesem Virus leben können. So leben können, dass das in den letzten Monaten vernachlässigte Sozialleben wieder seine zentrale Bedeutung bekommt. Dass in Bälde wieder Apéros nach Parlamentssitzungen gemacht werden können und informell zusammen diskutiert werden kann, denn dies ist wirklich wichtig. Ich wünsche Euch allen das allerbeste für die Politik und selbstverständlich auch privat. Ich danke Euch bei dieser Gelegenheit für die Unterstützung, welche Ihr mir als Parlamentspräsidentin entgegengebracht habt. Einen speziellen Dank geht aber auch an meinen Partner Philippe, welcher stets alles mitgemacht und mitgetragen hat in diesem Jahr, und auch dies war nicht immer so lustig. Weiter danke ich dem ganzen GGR-Büro-Team, allen voran Karin Pulfer und auch Corina Bühler, welche ausgeholfen hat, ebenso Anni Koch, welche vorübergehend protokolliert hat, Sarah Schlumpf, Patricia Messerli, Reto Lauper, Joe Brunner und Daniel Bärtschi. Heute ist nicht nur meine letzte Sitzung als Parlamentspräsidentin, sondern auch als Parlamentarierin. Nach 12 Jahren werde ich die Sitzungen vermissen, aber vor allem werde ich die Kontakte mit und zu Euch vermissen. Ich danke Euch für Eure Aufmerksamkeit!*

Patricia Messerli: *Liebe Christa: Ich möchte auch noch etwas sagen zu diesem Jahr. Als krönender Abschluss Deiner Zeit als Parlamentarierin wäre das GGR-Präsidium gedacht gewesen. Mit viel Elan und Ideen bist Du ins Präsidium gestartet. Ich kann mich noch erinnern,*

*als Du letztes Jahr bereits erzählt hast, dass Du den Parlamentsausflug bereits am Planen bist. Aber nomen est omen – die Krone, la corona – hat sich dieses Jahr mehr als Bürde als Würde erwiesen. Und das Amt war wohl manchmal mehr Frust als Lust. Die Sitzungen im Frühling mussten mehrmals ausfallen, ein neuer Sitzungsort musste eingerichtet werden, Schutzkonzepte ausgearbeitet und umgesetzt werden. Der Ausflug im Juni, welchen Du schon lange geplant hattest, wurde verschoben, und das Ersatzdatum musstest Du letzte Woche – sicher schweren Herzens – endgültig absagen.*

*Ich hätte Dir ein spannenderes und einfacheres Jahr gewünscht. Du hast aber dieses Amt sehr souverän und ruhig ausgeübt. Man hat gemerkt, dass Dir die jahrelange Praxis als Parlamentarierin viel Sicherheit gegeben hat. Ich habe immer wieder gestaunt – das letzte Mal gerade heute Abend –, wie schnell Du jeweils die Stimmen zusammengezählt hast.*

*Wir möchten Dir diesen Abschied auch etwas versüssen. Mit diesem Geschenk-Gutschein kannst Du das lokale Gewerbe unterstützen. Und dies hier ist noch etwas von mir, es soll Dich an die bittersüsse Zeit erinnern, eine bittersüsse Spezialität aus dem Tessin. Auf jeden Fall Merci vielmals für die gute Zusammenarbeit in diesem Jahr, aber auch dafür, was Du in den letzten 12 Jahren für die Gemeinde gemacht hast!*

*Und vielleicht noch eine Information an alle anderen, welche heute ihren letzten Auftritt im Parlament haben. Da wir dieses Jahr weder einen Parlamentsausflug noch jetzt eine richtige Verabschiedung mit Apéro hatten, werden wir prüfen, ob wir Euch allenfalls nächstes Jahr an den Parlamentsausflug einladen werden können, sofern dies finanziell möglich sein wird. Wir werden dann noch schauen müssen, wie schlank die Bauverwaltung nächstes Jahr sein wird, und wie die Einnahmen der Gemeinde aussehen werden. Wir würden Euch dann sicher informieren und würden uns freuen, wenn ein paar von Euch dort dazustossen würden, sofern er dann wirklich stattfinden kann.*

Die Vorsitzende: Wir haben es geschafft, wir kommen zum Schluss dieser Sitzung.

Gehaltene Voten sind in schriftlicher Form an Karin Pulfer zuzustellen bzw. zuzusenden. Das Geschenk auf dem Pult vor Euch bekommt Ihr als Ersatz für den Parlamentsausflug, welchen ich absagen musste, welchen ich leider nicht nachholen kann. Ich hoffe aber, dass ich Euch mit diesem Geschenk ebenfalls eine Freude machen kann.

Das war die letzte Parlamentssitzung dieses Jahres und der Legislatur.

Ich wünsche Euch allen alles Gute und hoffe, dass wir uns bei Gelegenheit wieder über den Weg laufen werden. Es wird eine spezielle Advents- und Weihnachtszeit geben, und ich wünsche Euch von Herzen, dass Ihr diese so feiern könnt, wie Ihr Euch dies wünscht und vorstellt. Die Sitzung ist geschlossen.

\*\*\*\*\*

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN  
Die Präsidentin: Die Protokollführerin:

Christa Grubwinkler

Sarah Schlumpf